

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von anwärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bez. Tarif, die 3-gespaltene Reklamazeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachkonto Danzig 3245. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr 24

Donnerstag, den 29. Januar 1920

11. Jahrgang

Polen vor der Entscheidung.

Auf dem Scheideweg.

Aus Polen und aus der Slowakei wird gemeldet, daß dort Pestfälle vorgekommen seien. Die Nachricht ist unbestätigt; die furchtbare Seuche, deren Vertreibung aus Europa eine der gewaltigsten Errungenschaften der modernen Zivilisation war, mag unseren Grenzen noch fern sein. Aber unzweifelhaft wahr ist, daß in der Ukraine, in Bessarabien, in Polen das mörderische Fleckfieber Tag für Tag ungezählte Opfer fordert. Der ganze kunstvolle Apparat moderner Gesundheitspflege und Seuchenabwehr, durch den sich Europa bis zur Kriegszeit der Seuchen früherer Jahrhunderte erwehrt hat, ist in ganz Osteuropa vollständig zerstört. Die Fortdauer des Krieges im Osten muß die Gefahr der Seucheneinschleppung auch für Mittel- und Westeuropa immer mehr vergrößern. Der „Schwarze Tod“ pocht an die Tore der sich selbst zerstörenden europäischen Zivilisation.

In Polen entscheidet sich jetzt Europas Geschick. Nach dem Zusammenbruch Rußlands und der vernichtenden Niederlage Denikins ist Polen die einzige Macht, die den Krieg gegen Sowjetrußland fortführen kann. Ist Polen bereit, im Dienste der Entente den Krieg gegen Rußland zu führen, dann entscheidet sich das Schicksal Europas im nächsten Frühjahr in einem Krieg auf Tod und Leben zwischen Polen und der Sowjetrepublik. Verweigert Polen der Entente den Waffenbeistand, dann kann die Entente der Sowjetrepublik vielleicht noch manche Ungelegenheiten bereiten, aber ernsthaften Krieg gegen sie zu führen fehlt ihr dann jede Möglichkeit.

Der Freiheitskrieg, den das polnische Volk mit beispielloser Fähigkeit ein volles Jahrhundert lang um seine Einheit und Freiheit geführt hat, hat mit vollem Siege geendet. Die drei Teile Polens sind von der Fremdherrschaft befreit und in einer Republik vereinigt. Aber der Gemalt in dem jungen Freistaat haben sich nach der kurzen Episode der Regierung Moraczewski die Herrenklassen bemächtigt; die Nationaldemokraten, die Partei der Schächta und der großen Bourgeoisie, beherrscht Polen. Ihr genügt die errungene Einheit Polens nicht; gierig greift sie nach allen Ländern, in denen über der breiten Masse nichtpolnischer Bauernmassen eine schmale polnische Herrenschicht ist. Schon haben die polnischen Truppen Ostgalizien, Weißrußland, einen Teil Litauens besetzt; schon träumt die polnische Herrenklasse von der Eroberung der Ukraine bis zum Dniepr. Das polnische Volk hat es mit anderthalb Jahrhunderten der Feindschaft und der Knechtschaft bezahlt, daß seine Herrenklasse dem alten Polenreich volksfremde Länder, die Polen an Volkszahl weit übertrafen, gewaltsam unterworfen hätte. Und dennoch will die polnische Herrenklasse nun abermals das Abenteuer wiederholen, an dem Polen zugrunde gegangen ist. Sie bietet der Entente ihre Waffen gegen Sowjetrußland an, um als Kampfpfeil aus den Händen der Entente die Herrschaft über Litauen, Weißrußland und die Ukraine zu empfangen. So machen Herrschsucht und Chauvinismus das polnische Volk, das solange es selbst geknechtet war, ein Jahrhundert lang auf allen Schlachtfeldern, auf allen Barricaden der europäischen Revolution gekämpft hat, nun, da seine Freiheit erlangt ist, zum Söldner der Konterrevolution.

Die Ukraine bis zum Dniepr hat vor der ersten Teilung Polens zum Polenreich gehört; heute noch ist die Grundherrenklasse im Westen der Ukraine polnisch. Die polnische Herrenklasse will ihre Klassengenossen in der Ukraine vor dem Bolschewismus retten, wie vor anderthalb Jahren noch die preußischen Junker ihre Klassengenossen in Kurland und Livland retten wollten. Man hat von dem Unterdrücker von gestern gelernt. Polen verflucht heute die „Unabhängigkeit“ der Ukraine, wie Habesburg und Hohenzollern die „Freiheit“ Polens verflucht haben. Polen will sich heute die Ukraine „angliedern“, wie die Lubendorff und Hoffmann die „Randvölker“ angliedern wollten. Die „Unabhängigkeit“ der Ukraine — das soll die Parole sein, unter der Polen den großen Krieg gegen die Sowjetrepublik wagen soll.

Zwanzig Millionen Polen sind zwischen siebzug Millionen Großrussen, dreißig Millionen Ukrainern und sechzig Millionen Deutschen angesiedelt. Zwischen Polen und Deutschen stehen furchtbare Fragen: der Verlust Danzigs, die Trennung Ostpreußens von Deutschland durch den polnischen „Korridor“ wird das deutsche Volk nicht leicht verschmerzen. Annektert Polen auch weiß- und kleinrussisches Land, so wird es sich auch Rußland dauernd verfeinden. Und die Ukrainer wird es dennoch nicht gewinnen, auch wenn polnische Heere den General Peltura als einen zweiten Stropodschij in Kiew einsetzen; zwischen Polen und Ukraine bleibt die Frage der Gegenstand des Streits. So verfeindet sich Polen allen seinen großen Nachbarn zugleich, und den kleinen Nachbarn nicht minder: der Streit um Litschen, Arda und Ziv steht zwischen Polen und Tschechen und in Litauen ist die Mehrheit des Volkes der polnischen Herrschaft schmerzlich feind. Bereitet die polnische Herrenklasse nicht die Wiederholung der Katastrophe von 1772 vor? Heute mag die Entente Polen mit Rüstung und Krediten reichlich unterstützen, es mit Annexionen reichlich belohnen können; aber was wird Polens Schicksal in einem Menschenalter sein, wenn ihm alle seine um so viel größeren Nachbarn feindlich gegenüberstehen?

In den nächsten Monaten wird über Krieg und Frieden im Osten entschieden werden. Im Westen halten die Parteien einander die Waage; England und Frankreich schwanken unsicher zwischen der Entscheidung für den Krieg und dem Entschluß zum Frieden. In solcher Lage hängt viel, hängt vielleicht alles von Polen ab; die Entente kann den Krieg nicht fortsetzen, wenn Polen ihn nicht führen will. Polen steht am Scheidewege. Weigert es sich, der westlichen Konterrevolution das Blut seiner Söhne zu opfern, dann gibt es der Welt den Frieden wieder. Entschließt es sich, den Krieg des Kapitals gegen die Proletarier- und Bauernrepublik fortzusetzen, um die Nachbarn seiner Herrschaft untertan zu machen, dann wird auf polnischen Schlachtfeldern das Schicksal Europas entschieden werden. Und das Schicksal Polens mit ihm. Denn kein Volk, das hat des deutschen Volkes Geschick furchtbar bestätigt, kein Volk dient ungestraft der Knechtung anderer Völker.

Sozialisten gegen den Krieg mit Rußland.

Im polnischen Reichstag stand in der vorigen Woche die Frage der Weiterführung des Krieges mit Rußland zur Debatte. Dazu äußerte sich der Soz. Dr. Liebermann. Er forderte die sofortige Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und führte dazu aus:

„In den letzten Tagen haben sich Dinge von grundstürzender Bedeutung ereignet. Zunächst spornte man Polen von allen Seiten dazu an, den Krieg gegen Sowjetrußland mit aller Energie zu führen. Ja, man kündigte sogar ein Bündnis zwischen England, Frankreich und Polen zur energischen Führung des Krieges gegen Sowjetrußland an. Jetzt werden wir durch die Nachricht überrascht, daß die Entente die Blockade über Sowjetrußland aufgehoben habe, was wieder darauf hindeuten würde, daß die Entente den Weg des Friedens mit Rußland zu betreten gedanke, während andererseits in Warschau geheime Verhandlungen mit Peltura, dem Führer der Ukrainer geführt werden. Im Lichte dieser Vorgänge gewinnt die Friedensnote, die Lichtscherin (nach übereinstimmenden, wenn auch inoffiziellen Mitteilungen) an Polen gerichtet hat, besondere Bedeutung. Warum hat die Regierung dem Reichstag die Note nicht mitgeteilt, welche Stellung hat sie zu ihr genommen? Die überwiegende Mehrheit des Volkes verlangt den Frieden, nicht aus Gleichgültigkeit gegen das Schicksal des Vaterlandes, sondern im Verlangen nach ruhiger Arbeit. Diese Stimmung der Massen darf nicht übersehen werden. Die Bevölkerung will wissen, ob die Regierung jede Friedensmöglichkeit richtig ausnützt. Sie will auch wissen, ob die gegenwärtige Politik der Regierung vereinbar ist mit den Interessen der Nation, oder ob wir zu Vasallen einer fremden Politik herabgedrückt worden sind. Die auswärtige Politik muß der Kontrolle des Reichstages unterliegen und wir beantragen daher 1. sofortige Einberufung des Ausschusses für Aeußeres; 2. Bericht der Regierung an den Ausschuß über die Verhandlungen in Paris, die Friedensnote Lichtschersins, das Endziel der militärischen Operationen in der Ukraine sowie das Wesen und Endziel der Konferenz der baltischen Staaten in Helsingfors.“

Das Befinden Erzbergers.

Berlin, 28. Jan. (W. I. B. Amtlich.) Heute vormittag hat eine neuerliche Untersuchung an Minister Erzberger durch Professor Bleich und den hinzugezogenen Chirurgen Professor Hildebrandt stattgefunden. Die Untersuchung ergab, daß die Schwellung und die Schmerzhaftigkeit der Schußwunde noch wenig Veränderung erhalten haben. Eine Infektion der Schußwunde ist nicht eingetreten. Die Temperatur ist auch normal. Der Puls ist noch hoch, er beträgt 120 per Minute. Die sonstigen Folgeerscheinungen des gestrigen Kollapses bestehen immer noch. Der Patient ist erschöpft und noch jetzt schonungsbedürftig und darf nur die wichtigsten Staatsangelegenheiten erleben. Eine unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht.

Wilhelm soll interniert werden.

Amsterdam, 28. Jan. „Daily Express“ meldet, daß der nächste Schritt der Alliierten gegenüber den Niederländern von größter Bedeutung sein wird. Die niederländische Regierung wird nämlich gefragt werden, ob sie im Hinblick auf die ablehnende Antwort bereit ist zu gewährleisten, daß sie den vormaligen Kaiser in den Niederlanden festhalten und ihn dauernd internieren wird, um zu verhindern, daß er nach Deutschland kommen kann, wenn die Lage in Deutschland sich so entwickeln sollte, daß sie dem Kaiser Anlaß gibt, von neuem sein Glück zu versuchen.

Die Wahlen in Ungarn.

Budapest, 28. Jan. Das Ungarische Teleg.-Korr.-Bureau meldet: Bis gestern Abend 8 Uhr waren die Wahlergebnisse

aus 108 Bezirken bekannt. Davon entfielen auf die Christlich-Nationalen 52, auf die Partei der kleinen Landwirte 39, auf die Demokraten 4, parteilos 2. Stichwahlen werden in 11 Bezirken notwendig sein. Ministerpräsident Huszar sprach in einer Frauenversammlung und gab der Freude darüber Ausdruck, daß in der Hauptstadt die Christlich-nationale Partei alle Hoffnungen übersteigende Siege errungen habe. Die erste Aufgabe der auf den 16. Febr. einberufenen Nationalversammlung werde die Wahl des provisorischen Staatsoberhauptes bilden. Es ist klar, sagte der Ministerpräsident unter großem Beifall, daß Ungarn wieder Königtum werden wird; doch wäre es verfrüht, schon heute mit volkstümlichen Namen hervorzutreten. Der Tätigkeit des Parlaments, in welchem zum ersten Male der Volkswille über allen Zweifel erhaben zum Ausdruck gelange, blicke er mit Optimismus entgegen.

Der Streit um die Adriastraße.

Paris, 28. Jan. Nach dem „Journal des Debats“ hat die südslawische Friedensdelegation heute mittag die Antwort auf das Ultimatum in der Adriafrage erhalten. Sie wird heute Abend im Quai d'Orsay überreicht werden. Das Blatt glaubt, daß die Antwort in verständlichem Geiste gehalten sei. Auch der „Intransigent“ erklärt, daß sich der italienisch-südslawische Konflikt auf diplomatischem Wege regeln lassen werde.

Mordtat eines farbigen Franzosen.

Ein erst vor einigen Tagen aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrter städtischer Beamter in Jülich sah mit seinen Verwandten auf einer Bank der Promenade, als ein schwarzer Kolonialsoldat auf ihn zutrat und ihn ohne weiteres mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf jagte. Auf die Nachricht hiervon legten die Arbeiter und Angestellten der städtischen und privaten Werke die Arbeit nieder und zogen unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung zur französischen Kommandantur. Der französische General jagte Bestrafung des Attentäters zu. Der erschossene Beamte wurde auf Beschluss einer außerordentlichen Stadivernichtungsversammlung auf städtische Kosten beerdigt. Am Tage der Beerdigung hatten laut „Deutscher III. Bzg.“ sämtliche Behörden geschlossen.

Platinausbeute in Rußland.

Das Platin wurde bisher nach dem Zustande in rohem Zustande verkauft. Die englischen, deutschen, französischen Banken kämpften um dieses Metall, und in diesem Kampf vereinigten sie das gemeinsame Ziel: Rußland nicht die Möglichkeit zu geben, das Platin selbst zu reinigen und zu bearbeiten. Die Fabriken Europas und Amerikas verarbeiteten das Platin allein.

Es ist klar, daß das Platin in Händen der Feinde der russischen Macht steht. Während der ganzen Zeit des Imperialismus und des Bürgerkrieges suchte das Ausland auf jede mögliche Weise Platin aus Rußland zu bekommen; mit Hilfe von diplomatischen Verhandlungen, auf dem Wege des Schleichhandels usw.

In Rußlands Hände ist im Ural nur sehr wenig Platin gefallen. Die Arbeiter hatten schon im ersten Halbjahr 1919 einen bedeutenden Teil der Platin-Ausbeute der Sowjetregierung abgeliefert, und seitdem der Ural genommen ist, ist es wieder vollkommen in den Händen der Sowjetregierung. Diese besitzt zwei Fabriken zur Bearbeitung des Platins. Alle Platinergänzungen werden jetzt in Rußland selbst hergestellt. Die Arbeiter, Techniker und Ingenieure Sowjetrußlands haben diese Produktion auf die Höhe der Technik in Europa und Amerika gebracht; für alle technischen, wissenschaftlichen und anderen Erfordernisse der ganzen Welt kann Sowjetrußland Platinergänzungen herstellen. Geleitet wird die Produktion von Ingenieuren, die eine genügende wissenschaftliche und praktische Vorbildung besitzen.

Neue Flegelken der Baltikamer.

Berlin, 28. Jan. (W. I. B.) Von den deutschen Truppen, die aus dem Baltikum zurückgeführt sind, sind gegen Offiziere der interalliierten Baltikumkommission Verleumdungen und Tötlichkeiten begangen worden. Selbstverständlich fallen diese Vergehen nicht unter die den Baltikumkämpfern zugesagte Amnestie, die nur insoweit gilt, als es sich um Ungehorsam gegen den Rückkehrbefehl der Reichsregierung handelt. Die Reichsregierung hat daher gegen die Soldaten wegen der gegen die Offiziere der interalliierten Baltikumkommission begangenen Verleumdungen und Tötlichkeiten die Untersuchung eröffnet. Die Fortführung soll einheitlich und beschleunigt durch das Gericht eines in Berlin stationierten Truppenverbandes erfolgen.

Die Helsingfänger der Deutschnationalen sind wirklich echte Vaterlandsfreunde. Sie schaffen dem deutschen Volke Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Hoffentlich macht die Regierung auch das wahr, was sie in der obigen Meldung in Aussicht stellt.

Die Entscheidung des Bergarbeiterkongresses.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Bochum stand die Frage der Einführung der Sechsstundenschicht im Mittelpunkt der Verhandlungen. Sie begannen mit Anträgen der Opposition und mehrstündigen Obstruktionsreden.

Ueber die Verhandlungen lesen wir in der deutschen Parteipresse folgendes Stimmungsbild:

Endlich kann Hué sein Referat beginnen. Er spricht mit tiefem Ernst und durchdringender Sachlichkeit. Lautes folgen ihm die Delegierten, und selbst die Radikalen scheinen wankend zu werden in den Anschauungen, die ihnen von wirtschaftlich völlig unerfahrenen Demagogen eingetrichtert wurden. Hué reißt Tatsachen an Tatsachen, wirtschaftliche Wahrheiten von zwingender Gewalt. Von dem Eindruck, den die Rede des viel gelästerten und viel geschmähten vaterlandslosen Gesellen auf die Delegierten machen wird, hängt heute zum guten Teil die weitere Gestaltung unseres ganzen Daseins ab. Siegt nicht die Vernunft, die aus seinen Worten spricht, dann ist es um unser Wirtschaftsleben geschehen. Wie recht hat Hué, wenn er sagt, daß die Kohlennot wie ein Bergsturz uns zu verschlingen droht, daß die Kohlennot gerade die wirtschaftlich Schwächsten am meisten zu fühlen haben. Tausende von Produktionsstätten müssen aus Kohlenmangel stillliegen und Millionen Arbeiter droht Arbeitslosigkeit, für die allein Kohle Lebens- und Daseinsmöglichkeit schaffen kann. Hué weist zahlreich nach, wie katastrophal die Einführung der Sechsstundenschicht auf die Kohlenförderung wirken würde. Die Arbeitsleistung des einzelnen Bergmanns könnte kaum noch gesteigert werden. Es sei bezeichnend, daß die Propaganda für die Sechsstundenschicht gerade aus den spartanischen Eiden komme. Die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht sei nicht ein Mittel, um den Bergarbeitern zu helfen, sondern würde den völligen Zusammenbruch zur Folge haben. Man dürfe nicht vergessen, daß die Revolution der Bergarbeiter in einzelnen Revieren eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2—4 Stunden gebracht habe. Trotzdem sage man, es sei nichts erreicht. Mit tausend Räden sind wir mit der Weltwirtschaft verbunden. Für ein Drittel unseres Volktes müssen wir Lebensmittel einführen. Wenn wir nicht importieren, infolge der Kohlennot unsere Einfuhr mit Aushubrartikeln, insbesondere Industriearbeitsstoffen, zu beschaffen, so wird keine Erwerbsmöglichkeit für Arbeiter sein können. Die Geldentwertung wird die höchsten Löhne erschlagen. Wir brauchen mehr Kohlen, wenn wir ein Schicksal millionenweise am Leben erhalten wollen und das Leben unserer Kinder und Frauen. Sollen die organisierten Arbeiter Deutschlands, so fragt Hué, die sich tödlich an uns wenden und um eine Steigerung der Kohlenförderung bitten, mit Undank belohnt werden für die Beweise von Opferwilligkeit und Solidarität, die sie in früheren Kämpfen den Bergarbeitern bewiesen haben? Sollen diese Arbeiter erliegen, weil die Bergarbeiter wirtschaftlichen Phantomen nachlaufen?

Der bittere Ernst dieser Rede machte auch auf die radikalsten Wortführer offenbar tiefen Eindruck. So leuchtete die Wirkung dieser Rede nicht aus den Köpfen der Führer zu verweihen. Nach Hué kam eine Delegation der Glasarbeiter zum Wort, die in erschütternden Worten die fürchterliche Notlage darlegte, in welche die Glasarbeiter Deutschlands durch die Kohlennot geraten sind.

Gegen die wuchtigen Worte von Hué und gegen den tiefen Eindruck, den die wenigen kurzen Ausführungen der Glasarbeiter auf die Delegierten gemacht hatten, konnte der Wortführer der Opposition, Kalemann, nicht aufkommen.

Bezeichnend ist, daß kein Redner es wagte, für die zwangsweise Durchführung der Sechsstundenschicht, für die vorher so viel Propaganda gemacht worden war, einzutreten.

Endlich kommt die Abstimmung, die für unser ganzes Volk entweder Leben oder Tod bedeutet. Die Frage an die Delegierten lautet: *Wir sind für die Einführung der Sechsstundenschicht ab 1. Februar und die Ersetzung der Sechsstundenschicht durch den Streik?* Die namenhafte Abstimmung, bei der die Delegierten und die Verbandsangestellten getrennt stimmen, wird von 36 Delegierten, unter denen 14 außerhalb des Ruhrgebietes wohnen, mit Ja beantwortet. 168 sind gegen die sofortige Verkürzung der Schichtzeit. Von diesen 168 Stimmen sind 105 Delegierte, 18 in Arbeit stehende Vorstands- und Kontrollauschussmitglieder und 45 Verbandsangestellte. Ein Antrag geht durch den Saal. Die Vernunft hat gesiegt!

Deutschland.

Die Not der deutschen Presse.

Die „Köln. Volkszeitung“ macht längere Ausführungen über „Die Not der deutschen Presse“. Sie teilt mit, daß die großen Berliner Blätter ab 1. Februar erhebliche Bezugspreiserhöhungen vornehmen werden. Das genüge aber auch noch nicht. Sie verlangt für die Presse eine — in anderen Ländern schon längst gewährt — Bevorzugung durch ermäßigte Gebühren für Telephon und Telegraph und weiterhin Maßnahmen zur Herabsetzung der Papierpreise. Sie stimmt dabei einem Artikel aus dem „Berl. Tageblatt“ zu, in dem gesagt wird:

Der Angelpunkt über der ganzen Frage werden immer die Papierpreise bleiben. Wenn sie nicht wesentlich erniedrigt werden können, ist aller Liebe Mühe umsonst, dann ist es um die deutsche Presse geschehen.

Als Fachmann führt der Verfasser dann aus, daß billigere Papierpreise im wesentlichen bedingt sind durch billigeren Holzpreis — vorausgesetzt, daß den deutschen Zeitungspapierfabriken genügend Kohlen geliefert werden, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Er fährt dann fort:

Es bliebe meines Erachtens nur eines möglich, wenn man wirklich helfen will, nachdem man vorübergehend die mochtätig wirkende Reichsstelle für Papierholz im Gegensatz zu so vielen, teils überflüssigen, teils schädlichen Zwangsbewirtschaftungsstellen aufgehoben hat: Es müssen die zur Erzeugung von Zellstoff und Holzstoff für die Zeitungsdrukpapierfabrikation erforderlichen Mengen von Papierholz der öffentlichen Submission entzogen und zu bestimmten, mäßig gehaltenen Preisen der Zeitungsdrukpapierfabrikation zur Verfügung gestellt werden. Diejenigen Länder, die über Staatsforsten, aus denen Papierholz geliefert werden kann, nicht verfügen, müssen anteilig zu Geldbeiträgen herangezogen werden.

Geht dies nicht, und nur, was sofort geschieht, kann Rettung bringen, so ist mit Bestimmtheit eine Sen-

kung der Papierpreise zu erwarten oder eventuell mit Hilfe des Reichswirtschaftsministeriums zu erzwingen.

Die deutsche Presse wird darin einig sein, diese Vorschläge mit allem Nachdruck zu unterstützen. Willst du nicht dann noch Rettung für viele Zeitungen möglich.

Sicherlich verdienen diese Vorschläge vollste Unterstützung. Die Frage müßte freilich auch geprüft werden, ob nicht ein Teil der Schuld an den hohen Papierpreisen auf Gewinnsucht der Papierfabriken zurückzuführen ist.

Neue Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 28. Jan. (W. L. B.) Die deutschen Regierungen mit Staatsbahnbetrieb haben mit Rücksicht auf die fortgesetzte Steigerung der Ausgaben infolge der Erhöhungen der Bezüge der Beamten und Arbeiter und aller Materialpreise beschlossen, zum 1. März 1920 eine allgemeine Erhöhung des Güter- und Tierartfafs auf 100 Prozent eintreten zu lassen. Auch eine Erhöhung des Personentarifs ist grundsätzlich beschlossen worden. Ueber das Maß der Erhöhung und den Zeitpunkt ihrer Durchführung sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Hunger und Tod.

In einer Arbeit über Volksgesundheit und Volksbildung schreibt Generaloberarzt a. D. Dr. Neumann in der „Sozialen Praxis“, daß auffallend viele weibliche Personen im blühenden Alter Opfer der Grippe gewesen sind. Und warum? Weil sie durch die Unterernährung dazu neigten, weil die Unterernährung zu einer lungenpestartigen Form der Grippe führte. Gerade die Frauen wurden also dahingerafft. Ein Beweis dafür, daß die Frau weniger widerstandsfähig ist und daß sie in der Berufsarbeit des besonderen Schutzes bedarf, daß sie, mit anderen Worten, mehr als jeder des Sozialismus bedarf, der allein das Arbeitsleben aufbaut auf dem Boden der Volksgesundheit, der Volkshygiene, der Wohlfahrt aller.

Ein Richter-Phänomen.

Abg. Heilmann (Soz.) hat in der Preussischen Landesversammlung folgende kleine Anfrage eingebracht:

Ist der Staatsregierung bekannt, daß einzelne Richter den Eid auf die Verfassung verweigert haben?

Wird sie bereit, gegen diese Richter sofort das Disziplinarverfahren einzuleiten, damit sie nicht länger im Namen der Republik Recht sprechen?

Ist der Staatsregierung bekannt, daß statt dessen einer dieser Richter, Landgerichtsrat Siegfried in Tilsit, Vorsitzender des außerordentlichen Kriegsgerichts ist und als solcher an der Fällung von Urteilen maßgebend mitwirkt, gegen die es keine Berufung gibt?

Ist die Regierung bereit, mit allem Nachdruck auf Abstellung derartiger Zustände hinzuwirken?

Herr Landgerichtsrat Siegfried ist nicht nur Gerichtsnormgeber, er hat als solcher auch sämtlichen sozialistischen Anwälten in Tilsit die Vertretung von Angeklagten vor dem außerordentlichen Kriegsgericht verboten, einem z. B., weil er gesagt hätte: „Bedenken Sie, meine Herren Richter, was die öffentliche Meinung zu ihrem Urteil sagen wird.“ Dadurch soll der betreffende Anwalt nach Ansicht des Herrn Landgerichtsrat Siegfried „die Positiv in den Gerichtssaal getragen haben.“ (1)

Mit Herrn Siegfried muß sofort Schluss gemacht werden. Wer aber ist dafür verantwortlich, daß ausgerechnet ein Richter, der den Eid verweigert und offen reaktionäre Sabotage treibt, an der Spitze des außerordentlichen Kriegsgerichts steht? Sollte dahinter vielleicht Herr General von Ebstorf stehen, der Mann der berühmten Strafanträge wegen Verleumdung der polnischen Offiziere?!

Unberechtigter „Erwerbsloser“.

In Groß-Berlin ist es durch den planmäßigen Ausbau der Kontrollmaßnahmen und durch ständige Schulung der Prüfer allmählich gelungen, einen großen Teil der unberechtigten Bezieher der Erwerbslosenunterstützung auszuschalten. Es war möglich, eine große Anzahl von Unterstützungsempfängern wie Glücksspieler, Prostituierte, Zuhälter und Scheinhandwerker von dem Weiterbezug der Erwerbslosenunterstützung auszuschließen. Die Vermutung, daß Angehörige der in Groß-Berlin stehenden Truppenteile die Gelegenheit zur Ausbeutung der Erwerbslosenunterstützung wahrnehmen würden, hat sich bestätigt. Es wurden 20 144 Namen von Militärangehörigen nachgeprüft, wonach in kurzer Zeit mehr als tausend Fälle ermittelt werden konnten, in denen Ausbeutung der Erwerbslosenfürsorge vorlag. Kontrollen unter den Auswärtsarbeitern in den Markthallen, bei Fuhrunternehmern, auf Jahrmärkten und Bohnhöfen hatten zur Folge, daß etwa 700 Unterstützungsempfänger ausfindig gemacht wurden, die unberechtigterweise Unterstützung bezogen. Kontrollen fanden auch bei den Arbeitsnachweiser statt. Ungefähr 20 Prüfer verteilten sich auf die verschiedenen Arbeitsnachweiser. Die Ueberwachungsabteilung zählt zurzeit 118 Kopie. Das Bewußtsein einer sorgfältigen Ueberwachung ist allmählich in alle Kreise der Erwerbslosen gedrungen und hat eine gute Wirkung ausgeübt.

Die Soldatenkindererlei im Kriege.

Neue Enthüllungen über Oberleutnant Hiller.

Im „Vorwunder Generalanzeiger“ veröffentlicht der Bergmann Wilhelm Siebert in Wanne eine genaue Schilderung der Tötung des Soldaten Helmke. Er berichtet darin, daß Helmke vom Oberleutnant Hiller dauernd verfolgt wurde. Helmke war fröhlich und schwächlich und konnte die Gewehrrufe nicht standhalten. Er wurde an drei Tagen je 2 Stunden nachts von 11 bis 1 Uhr im Freien angebunden. Der Schnee fiel so dicht, daß Siebert ihn denselben mehrmals aus dem Gesicht und von der Nase abwischen mußte. Als Hillercheinbar angegriffen vorüber kam, hat ihn Helmke, ihn loszubinden. Darauf wurde er von Hiller mehrmals angegriffen, aber so hat, als habe er nicht. Schließlich rief Helmke in seiner höchsten Not: „Herr von Hiller!“ Weil er nun den Major mit seinem Familiennamen angerufen hatte, wurde er in den Strafanstand, ein tiefergelegenes leuchtendes, kaltes Loch, geworfen, wo er nichts zu essen und zu trinken bekam. Darin hat er zwei volle Tage gelegen. Am zweiten Tage konnte man sehen, wie sein Gesicht einfiel

und wie der Bart, der Mund und die Ohren mit dicken Eiszapfen bedeckt waren. Schließlich wurde er dem Hiller vorgeführt, aber dieser kommandierte ihn wieder in das Loch.

Der Zeuge Siebert teilt mit, daß das Krankmeldebuch der Kompanie des Hiller streng verboten war. Er bezeichnet Hiller als einen ganz gemeinen Menschenkinder. Siebert teilt auch noch mit, daß damals eine Räte von 20 Grad herrschte, daß es aber den Soldaten streng verboten war, Feuer anzumachen während aus den Offiziersunterständen, die ohne hin viel geschüttert waren, als für die Mannschaften, die Rauchwolken herausströmten. Die Offiziere requirierten große Mengen von Wein und Rum, während für die Mannschaften ein paar Schluck Schnaps ausreichen mußten.

Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß Menschen wie dieser Oberleutnant Hiller der verdienten strengen Strafe nicht entgehen. Hoffentlich gelingt es noch recht viele ehemalige Soldatenkinder zur Verantwortung zu ziehen und sie dahin zu befördern, wohin sie gehören, nämlich ins Zuchthaus!

Heimkrieger.

Die Reventlow, Werner-Gießen und andere alldeutsche Hauptstreiter, die jetzt das Lied von der erbotenen Frontplätzen, ohne daß ihr Gesicht je diese Front richte und die gern die anderen sich kampflos stellen lassen, scheinen eine größere Anzahl Heimatstameraden während des Krieges gehabt zu haben, als man glaubt. Das beweist unzweifelhaft ein Geheimbefehl des bayerischen Kriegsministeriums. Dieser Befehl lautet:

Kriegsministerium. München, den 25. Oktober 1918. Betr. Kriegsverwendung.

In der Etappe, im besetzten Gebiet und in der Heimat ist eine sehr große Anzahl von nur garnisondienlich-fähigen, garnisonverwendungsfähigen aktiven Hauptleuten, Oberleutnants und Leutnants verwendet, die nur sehr kurze Zeit während des Krieges an der Front verwendet waren oder sich schon lange in ihrer gegenwärtigen Verwendung befinden. Ich bitte, den betreffenden Offizieren eröffnen zu lassen, daß für ihre Belassung im aktiven Dienst bei der Demobilisierung die Gründe, aus denen sie längere Zeit dem Frontdienst entzogen waren, genau nachzuprüfen sein werden.

Verteilt an alle Kommandeure und Vorstände zur Bekanntgabe an alle bayerischen aktiven Offiziere.

R. S. d. E. J.

Der Chef des Generalstabes: Schröder.

Es ist nicht bloß eine Forderung der politischen Moral, sondern auch des Geschmacks, daß sich die Herrschaften, die von offizieller militärischer Seite dieses Zeugnis unentwegten Heimkriegerstatus erhielten, hübsch ruhig benehmen und nicht obendrein die anderen der „Drückebergerei“, Feigheit und dergleichen bezichtigen.

Polen.

Neuer Zolltarif der polnischen Republik.

Es ist die Ansicht verbreitet, daß es sich bei dem von der polnischen Regierung herausgegebenen Zolltarif nur um einen Entwurf handle. Demgegenüber teilt der Deutsch-Polnische Verein, Berlin SW 11, der eine Ausgabe des Zolltarifes nebst Anweisungen, Tara-Tabelle, Warenverzeichnis in seinem „Zollhandbuch für Polen“ herausgibt, mit, daß nach ihm zugänglicher Erklärung der polnischen Regierung es nicht um einen bloßen Entwurf handle, sondern um einen Tarif mit verbindlicher Kraft, nach dem die Verzollung der nach Polen einzuführenden Waren erfolgt.

Die Differenzen im Ministerrat.

Die wegen des Verfassungsentwurfs entstanden sind, betreffen insbesondere die erste Kammer, den Senat. Der Ministerpräsident Skulski will dem Senat im Gegensatz zu der Auffassung des Ministers des Innern Wojciechowski erweiterte Kompetenzen übertragen. Der Senat soll aus Vertretern der Selbstverwaltung bestehen, ferner aus bestimmten Vertretern sozialer Organisationen und aus Vertretern höherer Behörden und mit der Kammer der Abgeordneten sich an der Wahl des Staatsoberhauptes beteiligen und auf dem Gebiet der Gesetzgebung die Möglichkeit erhalten, unter gewissen Voraussetzungen Landtagsgesetze zu verhindern. Der Minister des Innern Wojciechowski hat erklärt, daß er mit seinen Vorschlägen stehe und falle.

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaftliche Bestrebungen in Nordamerika.

Die Vereinerung der Lebenshaltung ist eine internationale Erscheinung. Zucker und Geldentwertung führen auch beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu der gleichen Erschwerung der Lebenshaltung wie bei uns. Daß auch dort der Gedanke aufsteht, durch das Mittel der Streiks die Löhne zu erhöhen, nimmt nicht wunder. Dieser Gedanke wurde aber von den Gewerkschaften abgelehnt, da Lohnerhöhungen nur dazu geübt sind, die Löhne zu vergrößern. Statt dessen will man, wie die „New-Yorker Zeitung“ berichtet, zur Selbsthilfe schreiten. Die Organisationen der Eisenbahner sollen in direkte Verbindung mit den Organisationen der Landwirte treten. Zu diesem Zwecke soll eine All American Farmer and Labour Cooperative Commission gegründet werden, die auf dem Grundtatsache des Zusammenstosses der Landwirte als Produzenten und der Arbeiter als organisierte Konsumenten und der Ausschaltung des gewinnbringenden Zwischenhandels beruhen und eine einheitliche Organisation für das ganze Land sein soll. Dieser Beschluß (zunächst der Eisenbahngewerkschaften) war kaum veröffentlicht worden, als bekannt wurde, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund, alle die gesamte organisierte Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten, bei der Sache mitmachen werde. Am 12. Februar wird in Chicago eine Konferenz abgehalten werden, auf der die Einzelheiten des Planes festgelegt werden sollen. — Auf die weitere Entwicklung darf man gespannt sein.

Sitzungsbericht der Stadtverordneten-Versammlung.

Zeit über die Klärung der „hochwichtigsten“ Angelegenheiten, wenn eigentlich die Ehre zuzurechnen ist, in den Listen geführt zu werden, und wer „nur“ Fuchs I sei — wohlgefällig lächelt der Sieger und Inhaber der Ehre aus der Breitgasse — wird in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Von unabhängiger Seite liegt folgender Antrag vor:
Die Abtrennung Danzigs vom Reich und seine Begründung als souveräner Freistaat machen erforderlich, daß bis zur Konstituierung einer ordnungsmäßigen Regierung die Staatsgeschäfte von einer provisorischen Regierung geleitet werden. Die Unterzeichneten beantragen daher die Schaffung einer Kommission, bestehend aus dem Herrn Oberbürgermeister und sechs Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, die die Regierungsgeschäfte zu übernehmen hat. Die provisorische Regierung hat den Auftrag, die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung zu veranlassen.

Die Begründung, bei der er weit umherschweift, führt er dem Herrn Oberbürgermeister Kahn das Wort. Er führt etwa aus: „Wir haben das Gefühl, daß Deutschland uns nicht nur verlassen hat, sondern daß es uns sogar gehässig gegenüber steht. Die völlig unzureichende Kohlenversorgung beweist das neben anderem. Man spricht davon, daß die Reichsbanknebenstelle entzogen werden soll. Gedärber hat sich in Danzig noch nicht viel. Es wird im alten Fahrwasser weiter gefahren. Das einzig Merkwürdige war die Truppenparade am Sonnabend. Meine Kollegen haben sie trotz der ausgedehnten Einladung des Herrn Oberbürgermeisters nicht mitgemacht. Nicht, weil uns die dafür nötigen Kinderhüte fehlten, sondern weil wir für derartige Veranstaltungen nichts übrig haben. (Gürtel hört! Pfui rufe und eine tadelnde Unruhe bei den Bürgerlichen. Der Vorherrschende fordert den Redner erregt auf, bei der Sache zu bleiben.) Das gehört meiner Ansicht nach zur Sache. Die misleiteten Jünglinge. Ihre sogenannten Soldaten, sind nur Werkzeuge der Reaktion. (Erneute Unruhe.) Wir hätten eine Teilnahme an der Parade vor unseren Wählern nicht verantworten können, da wir wissen, daß diese Angelegenheiten immer einen chauvinistischen Charakter annehmen. Wenn der englische Major Hoornweg, der vom „Danziger Hof“ auszufahren, bei seiner Regierung veranlaßt, daß wir mit den Behältnissen fürger gehalten werden, so ist das eine Folge dieser Truppenparade, die sich Danzig selbst zuschreiben hat. (Zurufe von den Bürgerlichen: „Lächerliche Behauptung!“ Brungen I: „Feigling!“) Daß wir mit unserm Fernbleiben von der Truppenparade recht taten, beweist die Abingung des Rades „Geiß der Siegertränze“, die sich in der Langgasse Teile der Truppen leisteten. (Wiederunruhe bei den Aera Brungen.) Dann fährt ein sogenannter Wirtschaftsausschuß nach Warschau und verhandelt dort mit der polnischen Regierung, ohne dazu autorisiert zu sein. Dieser Sozialdemokrat so etwas getan, so hätte man sie Vaterlandsverräter gehalten und als minderwertige Subjekte ins Gefängnis geworfen. Die Verwirrung ist allgemein. Der Polizeipräsident Fränkel (Zuruf: „Ihr Kollege!“) — der Mann ist nicht unabhängig (Geisterstimm) — erhebt eine Bekanntmachung über die Sicherheitswehr. Der Magistrat verbietet die Ausfuhr von Eisenwaren und Kaser. Die Folge ist eine Schädigung des Danziger Handels. Das Chaos ist allgemein. Auf dem Lande herrscht völlige Anarchie. Jeder baut auf die zu erwartende Amnestie. Die Erwerbslosenfrage ist dort schon teilweise eingeleitet. Unser Antrag bedeutet gewissermaßen die Schaffung eines Rates der Volksbeauftragten, der als oberste Instanz über alle Fragen zu entscheiden haben soll. (Verstärkter „Aha!“ rechts.) Der Einwand, daß nach der Städteordnung nicht der Stadtverordnetenversammlung zusteht, sondern dem Magistrat, der gewiss

erhoben werden wird, ist hier nicht am Platze, da es sich nicht um die Stadt, sondern um das Freistaatgebiet handelt. Der Oberkommissar wird dem Vorschlag nicht entgegen stehen. Wir müssen uns nach seiner Ankunft sofort mit ihm in Verbindung setzen. Nach dem Friedensvertrag sind auch keine Hindernisse für die Verwirklichung des Antrages vorhanden.“

Oberbürgermeister Kahn: Magistrat und ich persönlich sind nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen. Er widerspricht den Bestimmungen des Friedensvertrages und der Städteordnung. Bis zur Konstituierung des Freistaats ist die Macht in den Händen des Exekutiv-Oberkommissars Sir Lowner und bis dieser eintrifft bei Herrn Regierungspräsidenten Foerster. Die Bemerkung des Herrn Kahn, daß von dem Übergang nicht viel zu verspüren sei, bestätigt mir, daß alles in Ordnung ist. Die von dem Vorredner vertretene Ansicht über den Truppenabschied wird nicht von der Danziger Bevölkerung geteilt. Ich erinnere hier an das Wort, daß ich den scheidenden Soldaten nachrief: Niemand kann uns aber den inneren heiligen Schmerz um das, was passiert ist, verhehlen und niemand kann uns die Erinnerung verhehlen an Euch, unsere stolzen Regimenter, die Ihr so eng und so lang mit unserer Stadt verbunden seid. Gegen die Reisen des Wirtschaftsausschusses nach Warschau hätte ich nichts unternehmen können, wenn ich es selbst gewollt hätte. Der Wirtschaftsausschuß ist eine Vereinigung privater Natur, und Privatleuten kann man das Reisen nicht verbieten. Die Erwerbslosenunterstützung wird weiter gezahlt werden. (Zuruf Ma u: „Auf dem Lande ist die Zahlung schon eingestellt.“) Die Stadt wird 2/12 tragen und der Freistaat 10/12. Die Landgemeinden müssen sich an den Verwaltung des Freistaates wenden. Das Ausfuhrverbot für Hüllenschnitte und Kaser ist in voller Uebereinstimmung mit der Danziger Kaufmannschaft erlassen worden. Es soll auf das Freistaatsgebiet ausgedehnt werden. Den gesunden Grundgedanken in dem Antrag Kahn und Genossen verstehe ich zu würdigen. Die Bevölkerung soll teilnehmen an der Gestaltung Danzigs. Es wird deshalb zweckmäßig sein, baldmöglichst nach Ankunft Sir Reginald Lowners die Wahlen für die Bürgerchaftsversammlung auszusprechen.

Stadtverordneter Fuchs I (F. W. B.) glaubt, daß der Antrag vor den Verfassungsausschuß gehöre. Er erhebt die Anregung des Oberbürgermeisters, an den Oberkommissar um baldige Ausschreibung der Wahlen heranzutreten, zum Antrag.

Stadtverordneter Dr. Bunke (Deutschnat.) fordert v. a. Einigkeit. Er bedauert, daß der Oberbürgermeister in seiner Abschiedsrede an die Truppen nicht noch das Festhalten am Deutschtum besonders betont hat. Im übrigen ergeht er sich in alldeutschem Phrasengeklänge.

Stadtverordneter Schmiljan (Dem.) tut es nicht viel besser. Er wundert sich, in Kahn einen Freund des Handels und einen Gegner der Amnestie kennen gelernt zu haben. Sollte Kahn einmal selbst mit Amnestieanträge kommen, so wird ihm das heute Besagte entgegen gehalten werden. Der Antrag Kahn will Redner an den Verfassungsausschuß vertiefen haben. Die Truppenparade nennt er den Wehetag Danzigs und spricht unter dem lebhaften Bravo der Bürgerlichen dem Unabhängigen Kahn das Gefühl des Deutschtums ab. Die Abingung der Kaiserhymne bedauert er („Aha!“ links). „Die Truppen, die fortziehen, sind genau so gute Deutsche, als Sie, Herr Kahn.“ (Herr Brungen I glaubt das durch ein laut geschmettertes „Wahere!“ überbieten zu müssen.) „Wir verbiten uns ein für allemal derartige Bemerkungen, wie sie von dem Stadtverordneten Kahn geäußert worden sind.“ — Herr Philippen von der schwarz-weiß-roten Partei hätte dieselbe Rede halten können als der Demokrat Schmiljan.

Der Antrag Kahn wird schließlich gegen die 9 Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Der Antrag Fuchs I dagegen findet gegen dieselben Stimmen Annahme.

Ein Geschäftsordnungsantrag des Genossen Grünhagen, der seiner Wichtigkeit wegen zuerst den Punkt 10 der Tagesordnung (Erwerbslosenfrage) erledigt wissen will, findet bei den Bürgerlichen kein Verständnis. So sieht die Arbeiterfreundschaft dieser Herren aus! Die erkaunten Rufe von links, ob denn die Erwerbslosen keine Deutschen seien, waren also wohl berechtigt.

Auch ein Antrag des Genossen Krzyzanski, dort fortzufahren, wo die vorige Sitzung abgebrochen wurde — eben die Beratung der Erwerbslosenfrage — findet keine Annahme, obgleich außer unserer Fraktion auch die Unabhängigen und die Polen dafür stimmen. Es wird vielmehr karrenkritisch in der Beratung der Tagesordnung weitergegetelt.

Ueber den Ausfall der Wahlen für den Wirtschaftsausschuß berichten wir bereits gestern. Bei der Gelegenheit verfaßte Herr Brungen I unter Berufung auf die Stärke seiner Fraktion ein zweites deutschnationales Mitglied einzuschleichen. Aber es gelangt das nicht, obgleich das Anstimmeln mit kindlichster Unversämtheit gestellt wird.

Am 30. die Wahl der unbesoldeten Stadträte vor sich gehen. Es ist eine gemeinsame Liste mit den bekannten Namen eingereicht, auf die die Polen den Namen Dr. Kubacki gesetzt haben. Nach einer kurzen Debatte, die sich über die Bornahme der Wahl entpinn, da dafür keine Wahlordnung vorliegt, wird die Wahl um eine Stunde vertagt.

Es wird voreist die Wahl für die künftigen Ausschüsse für 1920/21 vorgenommen, die mit kleinen Veränderungen nach Vorschlag geschieht. In die Geschäftsordnungskommission wurden gewählt Genosse Reel, Bunte (D. N.), Caspel (D.), Fuchs I (W. B.), Keruth (W. A.), Krzyzowski (S.) und Kahn (W. S.)

Ein Antrag der Polen, ebenfalls einen Vertreter ihrer Fraktion in die Geschäftsordnungskommission zu erwählen, findet in der Form Annahme, daß die Stärke der Kommission auf 8 Mitglieder erweitert wird.

Obgleich der Oberbürgermeister gleich anfangs ersucht, in keine ausgedehnte Debatte einzutreten, setzt jetzt eine lange Aussprache aller Parteien ein über die Danziger Wohnungsnot. Den Anlaß dafür gibt ein Antrag der deutschdemokratischen Partei.

Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, dem Magistrat zu empfehlen:

1. der Stadtverordneten-Versammlung umgehend eine Uebersicht über die von Behörden und Kriegsgesellschaften zu Bureauzwecken noch benutzten Privatwohnungen vorzulegen;
2. zur Beseitigung der Wohnungsnot sofort Maßnahmen zur Freimachung der unter 1. bezeichneten Räume für Wohnzwecke in die Wege zu leiten;
3. mitzuteilen, wie weit die Einrichtung von Kasernen zu Wohnräumen vorgeritten ist.

Stadtverordneter Schmiljan (Dem.) fährt zur Begründung aus: Die Bureauzwecke der Behörden sind in Kasernen unterzubringen damit die jetzt benutzten Privatwohnungen frei werden. Die Besetzung der Kasernen mit Truppen war sehr gegen unsern Willen (Zuruf: „Aha!“). Die Freimachung kann nur ein unzureichendes Mittel sein, die Wohnungsnot zu beheben, da Mieter und Vermieter sich nicht wohl dabei fühlen.

Oberbürgermeister Kahn tritt darauf mit, daß in Danzig 5. 31. 14 Wohnungen — 9 vom Magistrat und 5 von Kriegsgesellschaften

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angengruber

22) (Fortsetzung.)
„Ein bißchen Heimlichkeit gehört wohl dazu,“ sagte Florian. „Wir hätten uns gewiss keines zum Brunnen mitten im Orte getraut. Es dauert auch nur so lang, bis man weiß, woran man ist und das selbe redet ich dir jetzt abtragen.“
„So frag halt.“
„Die Kinder haben wir uns leiden mögen, als halbbrüderlich sind wir immer zusammen gewesen, und wie mir meh geschähen ist, daß da dich vor da an hast von mir fern gehalten, das kann ich dir gar nicht sagen. Oft genug hab ich dich die Zeit über betrauert, bißhauber ist du, freuzbrav dazu und geschick oberdrein, es gibt nichts schöneres auf der Welt wie du bist, für mich nicht, — damit du nicht glaubst, ich rede ungejand daher, so sag ich, für mich nicht; wenigstens möchte ich nicht, was ich begunnen möchte, wenn du feststeht eines anderen werden! Wenn wir vor sind auf gepenien, tausend Einfälle und Stüdeln, sind uns immer beim einen durch das andere gekommen, wir können uns für alle Zeiten im Gedächtnis nicht los werden, und weil wir uns so gut kennen und allweil so gleich Schritt gehalten haben, so meine ich, wär auch gleich geschickter, wir gingen lieber in einem Stück fort das ganze Leben mit einander! Uns kann nicht gelchehen, wie oft anderen zusammen verheirateten Paaren, daß sich das eine keines ir das andere zu schiden weiß; wir wisse es, was wir an einander haben und jedes weiß sich auch vom andern danach wertgeschätzt.“
Magdalena sah zu Boden, wickelte die Schürze über die vollen Arme und wieder von demselben. „Es muß ein Unglück sein,“ sagte sie leise, „ich habe es aus meines Vaters Reden erinneren, es muß ein großes Unglück sein, wenn ein rechter Mann über ein reiches Weib nicht mit Ueberschleichen sich zusammensuchen.“
„Ganz recht hat der mein Vater, und ich meine schon selber, wie die er war, er wäre nicht dummt, aber in einem Stück könnte er wohl auch den Geschickeren machen; ich möchte ihn schon doch in Ehren halten, wie ihm gebührt.“
„Der schau dir an, wenn er so geschick ist, so hat er doch am Ende seine Uebersicht.“
„Ganze mit dem, auch die geschicktesten Leute haben ihre Truden. Er hat er mich doch kennen lernen, dann mag er reden und darauf ist er ich nicht, wenn ich mir eines weis.“

Magdalena sah schweigend zur Seite.
„Wenn ich eines weis,“ sagte Florian, „entweder frage ich dann nach keinem Himmel mehr, oder mich schreckt auch keine Hölle!“
„Ach, das ist lächerliches Reden.“
„Nur die Wahrheit ist es, und frei heraus sage mir, denn ob du mich leiden magst?“
„Ich weiß nicht.“
Er faßte sie an den beiden Händen, die leise zitterten, wendete sie gegen sich, sah ihr treuzerzig in die Augen und sagte: „Geh, du weisst es schon, sage es!“
„Was sollte daraus werden? Sie vermochte nicht zu reden, sie konnte nicht ja sagen, nicht um die Welt, und nicht nein, wenn man ihr eine zweite dazu geboten hätte, und war doch die eine, die in der hellen Mondnacht vor ihr lag, so schön, und so selig auf ihr zu sein! So klar wie der Blick der Liebe hier und so unerschütterbar, so ganz unser Eigen, daß wir sie mit einem kellen und an andere schenken können. So soll es ja sein. Was fragt der rasche Herzschlag: Teufel du mit ihm! Teufel du mit ihm?“
Ihre Finger klammerten sich fest um die seinen.
Und er sagte leise und frohlich: „Wenn du es auch nicht sagst, nun weiß ich es doch.“
Da lief ein schüchternes Lächeln über ihren Körper, sie wollte es ihm mit schämigen, schalkhaften Blick vermerken: Sei nicht so eingebildet! Aber ein paar Tränen, die ihr an den Wimpern zitterten, verhüllten sie, das Auge aufzuschauen, und das Köpfchen, das sie gar trotzig schütteln wollte, lehnte sich frohlich an seine Schulter.
Da tat der Dursche einen lauten Jubelschrei, und als sich das Mädchen erschreckt von ihm losmachte und davonlaufen wollte, hielt er es an der Hand zurück und rief: „Sei nicht böse, mir ist so himmel und erdrückend, daß es hat heraus müssen, wird es ja niemand Unrechtler gebort haben! Morgen, einmal noch komm da herauf, und übermorgen rede ich mit meiner Mutter. Weilern vertraut man derlei lieber an, es erinnert sie selber an ihre ledige Zeit, und es ist ihr liebtes Beschaft, wenn sie können eine Heirat richtig machen.“
Das Mädchen drückte ihm die Hand.
„Gute Nacht,“ sagten sie alle beide und traten eines von dem andern zurück, sie wußten sich für heute nichts mehr zu sagen.
Magdalena ging auf dem Fußsteige dahin, Florian sah ihr nach, bis zum Weisbordbusch war sie gekommen, da rief er: „Auf morgen!“

Sie blieb stehen, brach ein Jweiglein ab und sagte leise: „Morgen.“ Dann schloß sie ihren Weg fort, ungehindert und unbetrübt; die Nachtvögel hausten da oben im Lann, der Weisbord hatte ihr ein Blütenbüchel geben müssen, und das Gras, vollgelesen von Thau, ließ teilnahmslos die Salme und seinen Rippen hängen. Unten an der Straße verschwand das Mädchen im Schatten.
Da horchte Florian noch auf, wie sich das Loh unten öffnete und schloß, und dann schritt er frohlich durch den Lann.
Durch den Lann im Vollmondlicht! Das Lannmoosbüchel war so feierlich, so still, so ruhig wie eine Kirche und ohne Laut mit hochflöperndem Herzen und frohem Atemzuge durchsetzt; er es. Als er jenseits aus demselben heraustrat und hinabstiegt auf sein Elternhaus, da ward ihm so jubelnd, er sagte eine junge Lamm am Waldesraume und versuchte sie aus dem Bedrücke zu ziehen.
Der junge Baum aber stand und starrte sich geistlich an: Karre! Oho, so leicht geht das nicht!
Nachdem ließ er los.
Dann sah er schweigend eine Weile in die Gegend, warf die Arme von sich, als könnte er sie, wie weit sie auch da vor ihm lag, an das Herz drücken und rief: O Herrgott, wie schön ist doch deine Welt!
Dann ging er heim nach der Mühle und schlich sich nach seiner Schlafkammer. Aufzustimmen wissen sie noch nicht, was ich weiß. Er lagte frohlich auf, dann hatte er nur einen Gedanken: Morgen!
„Mein gehört eines auf der Welt! — Und wannleich morgen alle Heimlichkeit vor den Deuten aushört, bleibt allfort eine große Sache uns und das ist das Schönste! — Ob sie auch so meinet das frage ich sie — morgen — mein nur auch schon morgen mal!“
Es gab nichts Nügeres, als den Rest vom Heute wegzuschleifen, damit doch Morgen käme.
Der alte Reindorfer sah nach im Hofe und rauchte in der Röhre seine Pfeife, es Magdalena kehrte, er schloß den Kopf, als die Dirne mit einem schönen „Gute Nacht, Vater“ an ihm vorüberhuschte.
Das Mädchen aber ging nach dem Schlafbüchel, das sie mit der Mutter teilte, die alte Frau schloß fest; Magdalena öffnete leise das Fenster, weiche witzige Luft wehte herüber vom moosbügelarten Lann, zu dem sie aufstiege.
(Fortsetzung folgt.)

Die Anwesenheit bewirkt werden. Die Besetzung Danzig wird voraussichtlich bei weitem nicht die Stärke erreichen, wie man jetzt annimmt.

Genosse West führt darauf etwa aus: Der Antrag der Demokraten reicht bei weitem nicht aus. Es müssen Änderungen von Grund auf eintreten. Im Bau von neuen Wohnungen ist fast das alleinige Mittel zu finden, das Nöthige schaffen könnte. Es war die Möglichkeit vorhanden, das ganz erheblich mehr getan werden konnte, als geschehen ist. Wenn das aber nicht geschehen ist, so haben wir das vor allem dem alten Stadtparlament zu verdanken. In keiner Großstadt sind die Wohnungsverhältnisse so elend als in Danzig. Hier ist auch so gut wie nichts getan. Den Wohnungswirtschaften ist nicht geholfen worden. Die Ueberlieferungszustände sind durch die Kürzlichkeit des Magistrats verloren gegangen, der auf eine Massnahmenwanderung rechnete, während ein Massenaufruf vorausgesetzt war, und die von der freien Bau-genossenschaft eingereichten Pläne unbeachtet liegen. Es ist festgestellt, daß an kleinere Städte ganz erhebliche Mittel ausgegeben worden sind. Noch Anfang vorigen Jahres hätte um die Hälfte billiger gebaut werden können, als es jetzt nöthig ist. Es müssen neue Wege gegangen werden, wie sie uns die süddeutschen Staaten gewiesen haben. Ein Wohnungsausschuß muß die Mietern vom 1. Juli 1914 feststellen. Dann soll ein Ausschuss zur Riege zur Herstellung der Reparaturen usw. erfolgen und daraus ein prosentualer Zuschlag auf alle Mietern, der aber nicht den Hausbesitzern zustehen soll, sondern einem besonderen Wohnungsfonds, aus dem Ueber-leistungszuschüsse zum Bauen neuer Wohnungen gewährt werden. Die Sozialdemokraten werden einen entsprechenden Antrag an die Kreislaatsregierung einbringen. Es ist verständlich, daß sich gewisse Herren gegen die Zwangsquartierung wenden, aber sie muß mit aller Strenge durchgeführt werden. Es sind noch immer Fälle in Danzig zu verzeichnen, daß einzelne Familien 16-20 Zimmer-Mieter bewohnen, während andererseits 3 und 4 Arbeiterfamilien in Einzelzimmern wohnen. Ich erinnere nur an die Villa Rademacher in Langfuhr, die allerdings ein Freund des Herrn Schmidt bewohnt. Der Stadtverordnete Siebenfreund hat sich schon im Jahre 1907 ein Verdict erworben, als er ein Werkblatt zur Wohnungsnot in Danzig herausgab. Darin ist auch zu lesen, daß Danzig die größte Kindersterblichkeit aufzuweisen hat. Magistratsassessor Behrend antwortet auf die Ausführungen des Genossen Reel, daß gegen seine Worte in dem Stimmengewirr eines politischen Debattierclubs verloren, der sich aus den Reihen der Stadtverordneten heraus unter dem Pseudonym gebildet hat. Stadtkammrat Fehlbauer weist nach, daß in Danzig im letzten Jahre 776 Wohnungen durch Um- und Einbauten geschaffen wurden.

Stadtverordneter Janhos (Deutschland) empfiehlt eine hohe Wohnungsteuer auf Barandamen.

Genosse Karstfeldt beschuldigt den Magistrat, daß er nicht zugegriffen habe, als ihm von der Reichswehr 7 Millionen Ziegel zu einem erträglichen Preise angeboten wurden. Der Betriebsarbeiter habe sich alle Mühe gegeben, eine Verschleuderung dieser Ziegel und anderer Baustoffe anzustellen und auch mehrfach gebremst. Schließlich aber müßten sie verkauft werden. Sie sind schließlich nach Oliva an Baumgärtner, zum Wiederaufbau nach Ostpreußen, nach Odra und anderen Orten gewandert. Die Verwertungsgeschichte sei über Danzig weit hinaus, ja über das Reich bekannt geworden. Man hätte dem Magistrat gern Rathschläge, Röhre usw. gratis zur Verfügung gestellt, wenn er sich angeregt hätte im Interesse der Erbauung der wohnlichen Gesundheitsverhältnisse der Danziger Arbeiterschaft. Der Landdeputierte war aufmerksam gemacht worden.

Zu einer unruhigen Länge bezieht der Unabhängige Czarnacki seine Ausführungen an. Das einzig handgreifliche daraus war, daß Danzig zurzeit 6200 Wohnungsuchende hat und daß der Deputierte des Reichstages, Herr Braune, eine 14-Zimmerwohnung bewohnt. Das jetzige Wohnungswesen charakterisierte er treffend als Ausquartierungsamt.

Stadtverordneter (F. M. D.) — ein tatsächlicher unpolitischer Herr (Herzogen!) — glaubt feststellen zu müssen, daß nicht gebaut werde, weil nicht gearbeitet würde.

Stadtverordneter I aber verurtheilt das besetzte Ehrenbild der alten Stadtverordnetenversammlung reingewaschen.

Stadtverordneter (Dem.) empfiehlt nach der Feststellung, daß die Wohnungsnot im Rechte ebenso vorhanden wie in Danzig, den Eigenbau kleiner Häuser.

Herr Philippson (Dem.) „weist nach“, daß bei den jetzigen Mietern die Hausbesitzer nicht imstande seien, die Wohnungen so zu erhalten, wie sie es gerne möchten!!

Oberbürgermeister Sahn gibt an, keine Kenntnis gehabt zu haben von dem Hochandereisen der Baumaterialien auf der Reichs- werft. Doch soll den Anmachungen des Genossen Karstfeldt nachgegangen werden.

Ein Schlußantrag der Debatte unterbindet den Redestrom.

Ueber die Debatte, die sich um Gewährung von 1500 Mark als Zuschuß für die Krankenunterstützungslasse der städtischen Beamten erdffnet, haben wir schon berichtet. Unsere Genossen, wie auch die Unabhängigen, die Zentrumleute und ein Teil der F. M. D., die die Bewilligung ablehnen, teilen das, weil bei der Bewilligung die Gefahr entsteht, daß alle anderen Vereine die Deckung ihrer Defizits durch die Stadt mit der gleichen Bewilligung verlangen.

Herr Philippson begründet die Vorlage, weil sich in ihr das warme Herz zeigt, daß der Magistrat für seine Beamten habe.

Demgegenüber verlangt Genosse Karstfeldt, daß der Magistrat seine Angehörigen unabhängig behandeln solle. Wenn das nicht der Fall ist, ist den Beamten zu empfehlen, sich gemeinschaftlich zu organisieren, damit sie nicht betrogen werden. Für eine Vereins- meierei würden keine Mittel bewilligt.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung werden zur Herrichtung von Räumen für die Strochränke der städtischen Sparkasse 8000 Mark bewilligt. Es kommt dabei zu einem kurzen und lebhaften

Zusammenstoß zwischen dem Unabhängigen Rahn und dem Deutsch- nationalen Brungen I, der für kurze Zeit den Vorsteher vertritt. Brungen hat den Redner Rahn darauf hingewiesen, nicht Gegen- sätze mit zu verhandeln, die nicht zur Tagesordnung gehörten, worauf Rahn ihm die Fähigkeit abspricht, vorher zu wissen, was er sagen wolle.

Bei der Bewilligung einer Leistungszulage für die Beher- kräfte der Gewerbe- und Haushaltungsschule sind sich alle Par- teien einig. Es wird von rechts und links der Wunsch zum Aus- druck gebracht, die Schule in kommunalen Besitz übergeben zu lassen.

Rahn findet die Wahl der Stadträte statt. Dabei gibt es noch stürmische Szenen. Für die polnische Fraktion hat Stadtk. Brejßel den Vorschlag unterzeichnet. Kurz vor der Abstimmung wird von der polnischen Fraktion der Name des Stadtk. Kubacz auf der Liste gestrichen und an seiner Stelle Stadtk. Brejßel (der, wie oben bemerkt, den Antrag selbst unterschrieben hatte), gesetzt. Diese Änderung findet lebhaften Widerspruch auf allen Seiten des Hauses. Stadtk. Brungen (Dem.) und Stadtk. Fuchs I (F. M. D.) erklären, unter diesen Umständen ihre Unterschrift zurück- ziehen. Auf den Vorwurf, daß dieses eine Schilane sei, erwidert Stadtk. Fuchs, daß Uebereinstimmung nur bezüglich des vorlie- genden Wahlvorschlages bestanden habe, daß aber gegen den nach- träglich genannten Stadtk. Brejßel persönliche Gründe sehr triftiger Art, aber die er sich in öffentlicher Sitzung nicht äußern wolle, vorlägen. Er beantrage deshalb die ganze Angelegenheit in die geheime Sitzung zu verweisen, um dort die notwendige Klar- stellung zu geben. Dem Antrag ent- sprechend, wird alsdann die Verweisung in die geheime Sitzung beschlossen. Inzwischen geht aber ein neuer Vorschlag der polnischen Fraktion ein, nach dem sie die Kandidatur Brejßel zurückzieht und Dr. Redner als ihren Kandidaten in Vorschlag bringt. Damit fällt der Grund für die Verweisung in die geheime Sitzung fort und die Wahl kann in öffentlicher Sitzung vorgenommen werden.

Sie erbringt das gestern veröffentlichte Ergebnis.

Zur Einrichtung einer öffentlichen Fern- sprechhalle in Westlich-Neufahr wird ein Betrag bis 4100 Mark zur Verfügung gestellt.

Die Magistratsvorlage auf Gewährung einer zwei- ten Hypothek an die Kadaverbewertungsgesell- schaft wird nach einer langen Auseinandersetzung zwischen dem Genossen Grünhagen und Stadtk. Grünspan wiederum verlag.

Nach Erledigung weiterer kleinerer Tagesordnungspunkte wird um 9 Uhr in die Besprechung zweier Anträge über die Sicher- heitswehr eingetreten.

Die erste von demokratischer Seite lautet:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben über den Stand der Vorbereitungen zur Einrichtung einer Sicherheitswehr?“

Der zweite von unabhängiger Seite (Rahn, Nau und Gen.):

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1. Es dürften für die Sicherheitswehr keine städtischen Mittel ausge- wendet werden. 2. Kein in städtischen Diensten stehender Beamter, Angestellter oder Arbeiter darf während der Dienststunden an Uebungen oder sonstigen Veranstaltungen der Einwohnerwehr teilnehmen.“

Den endlos langen Reigen der Redner eröffnet Stadtk. Dr. Herrmann (Dem.), der von einer gewissen Beunruhigung unter der Bürgerschaft spricht, daß nach dem Abzug der deutschen Trup- pen nicht genügend militärischer Schutz in Danzig sei. In der Einwohnerwehr sieht er das Mittel, die Entenbesetzung bald los zu werden, da sie Gewähr biete für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Seine Anfrage geht dahin, inwieweit die Organisation gegeben sei, für die bereits im Oktober 150 000 Mk. bewilligt worden sind.

Die Antwort gibt Stadtk. Dammant. Alle Vorbereitungen sind erledigt. Die Bildung der Wehr ist vom preussischen Ministerium des Innern angeordnet worden. Die Polizei war bisher dem Staat unterstellt. Sie wird dem Freistaat unterstehen. Die Sicherheitspolizei sollte ursprünglich 440 Mann stark sein, wurde dann aber auf 750 angehebt. 450 Kopfstärke zählt sie jetzt, in Kürze werden es 600 sein. Die Sicherheitswehr wird den Schutz der Stadt gewährleisten. Sie bedarf aber der Ergänzung durch die Einwohnerwehr, deren Aufstellung von den bereitgestellten Mitteln beschafter ist. Die Einwohnerwehr ist eine städtische An- gelegenheit.

In scharfer Weise bekämpft Stadtk. Nau die Behren. Sie sind eine bewußte Umgehung des Reichensvertrages, die das stehende Heer ersetzen sollen, dessen Ersatz auf 200 000 Mann festgelegt sei. (Militär, „Denunziant“) Die Bildung der Wehren ist mit den Interessen der Allgemeinheit nicht zu verwechseln. Für denotig löstündige Experimente haben wir kein Bedürfnis. Was soll über- haupt die Sicherheitswehr in dem kleinen Danzig? Will Danzig Krieg führen gegen Rußland? (Zurück Brungen I: „Ordnung gegen die Anarchisten schaffen“) Die Flugkaffel, die Geschütze, die Ma- schinengewehre, Handgranaten usw. sollen also gegen die eigenen Einwohner gerichtet sein. In der Einwohnerwehr sollen nur Freiwillige für erprobte Offiziere geschaffen werden. Eine Dummheit, die in Deutschland die Reichsregierung macht, brauchen wir nicht nachzumachen. Wenn überdies die Zeitung in Händen so zahlreicher Offiziere liegt wie es Major Wagner ist, so ist voranzusetzen, daß es in Danzig bald zu ähnlichen Szenen kommt wie in Berlin. („Nau hören Sie aber auf“) richtig. Wir werden nie die Waffen übergeben, die dazu dienen, uns niederzu- zwingen. Nachdem Nau eingehend über die Beziehungen zwischen Polizei und Sicherheitswehr gesprochen hat — der Dammant der Schlußantrag mit ihr Pöbel auf die geschäftliche Dienstzeit — bezieht er die Einrichtung der Einwohnerwehr als Förderung des Risikofaktors, was Herr Brungen I so erhebt, daß er zwei, dreimal „Das ist ja alles Schwachsinn!“ in dem Saal transponiert. Zum Schluß warnt Nau, nachdem er die Einrichtung der Wehren

igen Nothilfe gestreift hat und sie als Organisa- tion bezeichnet, den Vagen nicht zu überspannen.

Stadtk. Fehlbauer politisiert in einer so lin- man zu glauben geneigt ist, ein Schulmeister sprü- mänen, die grad anfangen, mit Schiefertafel und beiten. Er spricht Nau das Recht ab, als Vertre- schaft zu sprechen, da er nur eine kleine Minor- habe. Unter den Sozialdemokraten sind ja n- sondern auch Kapitalisten und Millionäre. (F. M. Bürgerlichen.)

Ein Mann mit Geldgeste steht nun auf Kaisergeburtstagsrede in den Weissen Saal. Philippson, Scharf akzentuiert wie ein Gardelie- das deutsche Offizierskorps, das 4 1/2 Jahre, Schützengräben mit seinen Weibern das Weite soll. — Herr Philippson war sicherlich nicht ch- Front. Sonst wählte er, daß wir uns die We- durch das fressende, hurende und stehende Offiziers- haben, das feige weit außer Schußweite sich herumdrückt. Einzelne Ausnahmen hat es gewiß gegeben. Das Phrasengebüsch des Herrn Philippson aber war eine unerhörte Provokation all derer, die ver- kauft und bedeckt 4 1/2 Jahre hindurch mit ihren Weibern die „Herren“ deckten, die uns fidel ins Elend hinein lebten.

Gegen seinen Vorkredner war Herr Brungen I sehr geneigt zu nennen, der von der Abrechnung — dem Stimmzettel — zu er- zählen wußte, die den Deutschnationalen die Arbeiter in hellen Gassen zuführen wird.

Der Unabhängige Schmidt erwidert im Sinne des Stadtver- ordneten Nau, Rahn sucht einen Ordnungsbruch für Brungen I zu erwirken, der den Ausdruck „gemeine Lügen“ gebracht hat. Stadtk. Brejßel fühlt die Sicherheitswehr als gegen die Polen gerichtet. Herr (Zentrum) verwahrt sich gegen die Annahme, daß als Vertreter der Arbeiterschaft zu sprechen und nennt Herrn Philippson — nach Gustav Schröder — eine „Firtelanzugkitt“. Herr Schmidt behauptet er, daß unter den Unabhängigen einer, der ein Jahreseinkommen von 18 000 Mark habe, aber nur 2000 Mark verleierte.

Und in diesem Jahressommer geht die Besprechung über die Anfrage betreffend die Sicherheitswehr bis gegen 10 1/2 Uhr weiter.

Die folgende Verkündigung des Wahlergebnisses bestätigt die Wahl der vorgeschlagenen Kandidaten zu Stadträten, deren Um- einführung für die nächste Sitzung angekündigt wird.

Unsere Fraktion beantragte nunmehr Veränderung der Tages- ordnung, indem sie die vorzugsweise sofortige Beratung der An- träge betr. die Erwerbslosenunterstützung verlangte. Das geschah trotz Widerspruch der Fraktion der Unabhängigen.

Genosse Czarnacki begründet den Antrag unserer Fraktion, der vom Magistrat verlangt, daß er die Erwerbslosenunterstützung nicht 50 Prozent Zuschlag zu den jetzigen Sätzen zukünftig weiter- zahlt. Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt, weil die beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Gegensatz zu den stark gelichte- ten Reihen der Bürgerparteien durchgehalten haben. Aus dem- selben Grund findet dieser Antrag unserer Fraktion auch eine Mehrheit für die Annahme, zumal wir namentliche Abstimmung verlangt haben. Interessant ist hierbei, daß Stadtk. Zeitung- verleger Fuchs I nebst einigen Getreuen fluchtartig den Saal ver- läßt, anscheinend um die Herbeiführung der Beschlunsfähigkeit zu versuchen, möglicherweise aber auch nur aus dem Grunde, weil er es nicht über sein volksbeglückendes Herz bringen kann, für die Erwerbslosen laut zu stimmen.

Serner wird eine Kommission für die Erwerbslosen-Angelegen- heiten gewählt, dazu von unserer Fraktion die Genossen R e c h n a k i und R e e l.

Dann entbittet Hg. Stadtk. Sekretär Schmiltzahn mit einem Man- seine Angst vor der eigenen Courage und versucht die namentliche Abstimmung anzukündigen, weil er und andere überdies hätten, daß 50 Prozent Zuschlag verlangt seien. Ein bürgerlicher Stadt- verordneter (R u r o w s k i, Zentrum) macht ihm aber die Ungläubig- keit solcher Unterstellung klar. Bei sozialen Anträgen ist an- scheinend jedes Mittel heilig, das den Geldbeutel der Demokraten schüttelt. Das große Interesse der Bürgerlichen ergibt sich auch dar- aus, daß bei der groß angelegten Verhandlung des sozialdemokra- tischen Antrages ein Teil der Bürgerlichen in Gruppen herumsteht oder zusammenhängt und sich unterhält. Mehr ist ihnen die Not der Erwerbslosen sicher auch tatsächlich nicht wert.

Um 11 1/4 Uhr schließt die Sitzung infolge eines Vertagungs- antrages unserer Fraktion.



Post-Bezieher.

Damit in der Zustellung der „Danziger Volks- stimme“ für unsere Postabonnenten keine Unter- brechung eintritt, empfiehlt es sich, die Bestellung für Februar sofort bei der Post zu erneuern. Die Volksstimme kostet durch die Post bezogen 2.20 Mark für den Monat Februar.



Freitag, den 30. Januar, abends 6 Uhr

Witgliederversammlung d. Soziald.-Bereins Danzig-Stadt

im Schwurgerichtssaal, Neugarten.

Nicht wie im Inserat angegeben, in der Aula des Gymnasiums, am Winterplatz.

Der Saal ist geheizt.

Mitgliedsbuch legitimiert

Der Sturm auf das Polizeipräsidium.

Man stelle sich einmal vor, im Deutschland Wilhelms II. hätten eines Morgens zwei Arbeiter im betrunkenen Zustande auf der Straße standaliert und, als sie von der Schutzmannschaft zur Ruhe gezwungen worden, diese mit Ausdrücken wie „Ihr kaiserlichen Schweinehunde“, „Ihr kriegt eins in die Fresse“, „Wir schmeißen euch die Krone vom Kopf“ beschimpft. Die Folge wäre gewesen, daß man die beiden Standalieranten zur Wache schleppt und dort nicht nur ihre Personalleisten feststellt, sondern sie gleich in Haft genommen hätte. Welleicht wären sie auch noch dort durchgebüßet worden. Nun heute man aber formte, was für ein Schicksal das abnungsliebende Bürgerturnm erhoben hätte, wenn dann eine Abteilung Arbeiter mit Knüppeln und Revolvern bewaffnet vor das Polizeipräsidium gezogen wäre, um ihre beiden Kameraden zu befreien. Auch wenn letzteres sich heute ereignete, würde wahrscheinlich sofort die ganze bewaffnete Macht in Tätigkeit treten gegen die ungebührlichen Eindringlinge.

Vorgestern haben sich, wie wir gestern berichteten, im Polizeipräsidium ähnliche Dinge abgespielt. Nur waren es hier keine Arbeiter, die auf der Straße standaliert hatten, es waren auch keine Arbeiter, die mit Knüppeln, Messern und Revolver bewaffnet ins Polizeipräsidium eindrangen. Es waren vielmehr zwei Offiziere der Reichswehr, die in früher Morgenstunden (wahrscheinlich zur Feier des Geburtstages ihres Wilhelm von Amerongen) auf der Straße standalierten, und die die Bürgerwehrmänner mit Knüppeln wie „Ihr Spatzenhirsche“, „Polladen“ und „sozialdemokratische Schweinehunde“ beschimpften. Das Unglaubliche bei dem Vorfall ist aber, daß ein Leutnant es wagen konnte, an der Spitze einer Soldatenabteilung von 80 bis 100 Mann in solcher Ausrüstung ins Polizeipräsidium einzudringen. Darin offenbarte sich wieder die ganze Frechheit und Brutalität des deutschen Militarismus. Er ist auch jetzt noch nicht tot. Wenn er durch den Ausgang des Krieges und durch die Revolution vernichtende Schläge erhalten hätte, so ist er durch den unseligen Bruderkampf in den Reihen des Proletariats, den die Unabhängigen als frisch-fröhlichen Kampf zum Weiterstreben der Revolution für notwendig ansehen, wieder mehr und mehr erstarbt.

Als in der vorigen Woche der Presse Mitteilung von der Abschiedsparade der Truppen gemacht wurde, hatte einer unserer Mitarbeiter daran glosierende Mitteilungen ge-

snüpft. Darüber war die hiesige konservative Zeitung fast aus dem Häuschen geraten. Auch mancher von uns glaubte in der Abschiedsstunde etwas veröhnlicher gegen den abziehenden Militarismus sein zu können. Aber schnell sind diese Genossen eines anderen belehrt worden. Wir haben ja erlebt, daß die Abschiedsstunde zu einer in o n a r c h i s c h e n Demonstration benutzt wurde, indem man unter den Klängen von „Heil dir im Siegertranz“ durch die Straßen marschierte. Der deutsche Militarismus kann eben sein Wesen nicht ändern, bevor nicht aus allen Führerstellen die Leute des monarchistischen Deutschlands verschwunden sind. Wie man selbst hier in dem kleinen Freistaat Danzig etwas Militarismus aufleben lassen möchte, zeigte sich bei den Beratungen über die Errichtung der Sicherheitswehr, wo von Seiten der Offiziere gemeldet wurde, daß insbesondere der Bischofberg und der Hagelsberg von der Sicherheitswehr besetzt werden müßten.

Nach all diesen Erfahrungen kann es uns Sozialdemokraten niemand verdenken, wenn wir ohne Wehmut den deutschen Militarismus scheiden sehen. Auch uns schmerzt die Losreißung Danzigs vom deutschen Vaterland, und wir leben durchaus nicht erfreut in die Zukunft, weil wir wissen, daß den deutschen Militarismus ein fremdländischer ablösen wird. Aber wenn sich der deutsche Militarismus in den Tagen des Abschieds von Danzig noch solche frechen Uebergriffe zuschulden kommen läßt, dann werden wir wirklich befreit aufatmen, von ihm in Zukunft verschont zu sein.

In der nächsten Zeit wird sich der Aufbau des Freistaates Danzig vollziehen. Wir haben hier kürzlich ausgeführt, daß er eigenartigen Umständen seine Entstehung verdankt. Aber wenn wir auch einen englischen Oberkommissar und eine Ententebelegung bekommen, so haben wir doch die Hoffnung, daß wir die Verfassung des neuen Freistaates nach unseren eigenen Wünschen werden formen können. Sorgen wir dann dafür, daß für den Geist des Militarismus im neuen Staat kein Raum mehr ist. Das wird um so mehr geschehen, je mehr sich die Danziger Arbeiterschaft von den P u t s c h - und V e r s c h w ö r e r p h a n t a s i e n der Unabhängigen loslöst. Nur dann wird es uns gelingen, Reaktion und Militarismus aus dem neuen Danzig fernzuhalten und dieses zu einem wirklichen „F r e i s t a a t“ zu machen.

Lokales.

Die Gehehmäßigkeit der Zwineinquartierung. Das Landgericht in Bremen hat eine Entscheidung gefällt, nach der die Beschlagnahme von Wohnungsteilen unzulässig sein soll. Infolge dieser Entscheidung sind auch in Danzig die Arbeiten der Zwineinquartierung gelähmt worden. Der Reichsfinanzminister hat unter dem 7. 1. 1920 zu diesem Bremer Urteil vom 20. 10. 1919 Stellung genommen und kann ihm nicht beitreten. Eine Beschlagnahme von Wohnungsteilen soll gegen den Artikel 153 der Reichsverfassung verstoßen, nach dem eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung zulässig ist, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Diese Beschlagnahme wird aber nicht als eine Enteignung, sondern als ein öffentlich-rechtlicher Akt angesehen, durch den dem Wohnungsinhaber eine öffentliche Last auferlegt wird. Deshalb kommt die Reichsverfassung hier nicht in Betracht. Ferner liegt hier ein Reichsgesetz vor, nach dem etwas anderes bestimmt wird. Die Wohnungsmangelverordnung vom 23. 9. 1918 sei als Reichsgesetz anzusehen, da sie auf dem Reichsgesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. 8. 1914 beruht, das unbedingten Geltung hat. Das Landgericht in Hannover hat am 13. 12. 1919 entschieden, daß der Rechtsweg gegen die Zwineinquartierung überhaupt unzulässig ist. Man soll sich also in Danzig in keinen Maßnahmen durch das Bremer Urteil nicht beeinflussen lassen.

Das Schöffengericht in Danzig hat gleichfalls den Einwand zurückgewiesen, daß hier die Reichsverfassung verletzt werde. Es kommt weiter hinzu, daß die Zwineinquartierung in der Regel gar nicht mit einer Beschlagnahme, viel weniger mit einer Enteignung verbunden zu sein braucht. Die Aufnahme fremder Mieter wird vielmehr in der Regel ohne Beschlagnahme zu erfolgen sein.

Die Räumung Danzigs verzögert. Die „D. Z.“ teilte gestern mit, daß alle weiteren Truppenabtransporte aus Danzig vorläufig eingestellt werden.

Die 36. Infanterie-Division meldet: Der Abmarsch der Truppen aus Danzig verzögert sich und die Garnison bleibt in alter Stärke so lange in Danzig, bis die englische Besatzung eintrifft.

Ein englisches Kommando. Gestern morgen ist der englische Oberst Hobbs mit fünf Offizieren und etwa zehn Mann, Schreibern und Kurieren, hier eingetroffen. Die Mannschaften sind in der Wiesentafel untergebracht, die Offiziere dagegen in Bürgerquartieren. Heute wird ein Bortkommando in Danzig entlassen, bestehend aus zehn Offizieren und etwa hundert Mann. Die Mannschaften werden in der Kaserne der Bästion Roggen einquartiert werden. Wie die „D. Z.“ meldet, soll Danzig nur mit einem englischen und einem französischen Bataillon besetzt werden, und zwar soll das englische Bataillon in Danzig und das französische in Neufahrwasser stationiert werden.

Die Zuständigkeit der Provinzialstelle für Strafe und Obf. Die Provinzialstelle für Strafe und Obf. besteht noch weiter und dürfte sich voraussichtlich zum April auflösen. Sie befindet sich in Liquidation, hat aber noch das Recht, Maßnahmen zu treffen und vor allem Höchstpreise festzusetzen. Die Festsetzung neuer Höchstpreise für Gemüse ist notwendig. Die Provinzialstelle trägt aber rechtliche Bedenken dies zu tun. Bestände die Provinz Verordnungen nach weiter so würden sich Bedenken nicht ergeben. Zwar bestehen die Besetze und Behörden solange weiter bis eine abschließliche Verordnung eintrifft und somit könnte auch die Provinzialstelle leicht von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen. Aber es kann auch eine andere Auffassung geltend gemacht werden. Für den Freistaat Danzig ist als augenblicklich höchste Gewalt Regierungspräsident Hoerster bestellt worden, der jedenfalls in der Lage wäre, eine etwaige Höchstpreisbestimmung anzufordern oder andere Maßnahmen zu ergreifen. Für die polnische in runden Teil, nimmt der polnische Staat die beste Gewalt in Anspruch, und auch er wäre in der Lage diese Höchstpreise zu beschließen. In dem Abnahmungsgebiet wieder Herrschaft der Wehrmacht. Der vorzüglich beherrschende Teil ist bereits anderen Provinzen zugewiesen. Es sind die Beschlüsse augenblicklich mindestens nicht Kar.

Der Bäckerstreik abgewendet. Gestern abend beschlossen die organisierten Bäckergehilfen, das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen. Die neuen Löhne schwanken zwischen 125 und 145 Mark. Die Rübnigungen in den Großbetrieben werden zurückgenommen.

Lokomotiven für Polen. Der Amerikadampfer „Roscius“ hat nach Entladung der Stückladung im Danziger Hafentanal nach dem Kaiserhafen verkehrt und an der Holmecke festgemacht. Der große Schwimmkran der Reichswerke ist längsseitig aufgestellt und beim Entladen der schweren Lokomotiventeile behilflich. Diese werden in bereitstehende Ockerfähnen geladen, um weichlaufwärts nach Polen befördert zu werden.

Aus dem Magistrats-Presse-Büro.

Abholung der Brot-, Mehl- und Kartoffelarten. Die Bäcker, Brot- und Mehlhändler haben die am Sonnabend, sowie Anfang nächster Woche zur Ausgabe gelangenden Brot-, Mehl- und Kartoffelarten von der Nahrungsstellenstelle, Pfefferstraße 33/35, abholen zu lassen, und zwar die Bäcker, Brot- und Mehlhändler, deren Firmen mit den Buchstaben A—R beginnen, am Freitag, den 30. Januar, und die, deren Firmen mit den Buchstaben S—Z beginnen, am Sonnabend, den 31. Januar, in der Zeit von 8—3 Uhr.

Filmchau.

„Sicht-Bühne“, Juntergasse. Fast täglich liest man in den Zeitungen von großen Juwelendiebstählen. Man fragt sich manchmal: Wie ist es möglich, daß die Diebstahler nun trotz sorgfältiger Verfolgung und Grenzdienst das Ausland erreichen können? Mit welchen Mitteln solche Leute, die ja selbst, wenn es sein muß, vor einem Mord nicht zurückschrecken, zu Werke gehen, zeigt den Besuchern der künftige Film „Die Juwelendiebstahl von San Francisco“ mit Bruno Eichgrün als die Geister in der Hauptrolle. Mit jedem Akt steigert sich die Spannung, bis man schließlich am Schicksal des letzten durch die Enttarnung der Diebstahler aus diesem Sinne erlöst wird. — Als zweites Stück rollt ein großes Gesellschaftsdrama „Die Hand des Schicksals“ über die Heimwand. Dieses Stück zeigt das Schicksal zweier Zwillingsschwester, die, in den ersten Kinderjahren getrennt, später einander plötzlich gegenseitlich als Gräfin und Köchlerin, ohne einander zu kennen, das Spiel mit Moggs Dorja in der Hauptrolle ist sehr au.

Vollzeitbericht vom 29. Januar 1920. Verhaftet: 12 Personen, darunter 4 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 4 wegen Urkundenfälschung, 3 in Polizeibast. — Gefunden: 1 Straßenbahnfahrkarte für Gertrud Holz, 3 Schlüssel am Ringe, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums; 1 schwarze Lederkiste mit 2 Stücken Brot, abgehoben von Herrn Mois Reiter, Birkenallee 13 a.

Wasserstandsberichte am 29. Januar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute	
Thorn	4,46	4,70	Diekel	5,96	5,92
Nordon	4,46	3,89	Düschow	5,74	5,50
Calin	4,60	4,12	Einlage	5,30	5,28
Gröden	4,88	4,36	Schienenhorst	3,19	3,06
Kutzbrack	5,25	4,91	Malsdorf	0,65	0,16
Montanerspitze	5,68	5,25	Zwangs	0,89	0,83

Aus dem Freistadtbezirk.

Joppol. Die Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar letzte Stadtverordnetenvorsteher J o p p o l e r. Alle 30 Stadtverordneten waren anwesend. Nach Erhebung einiger Dringlichkeitsanträge wurde die Wahl von 6 unbesoldeten Magistratsmitgliedern vorgenommen. Es wurden gewählt: Dr. Franz, Dr. Wagner, Dr. Danneberg, Dr. Best und Dr. Wagner. Damit hat Joppol wenigstens einen sozialdemokratischen Stadtrat. Bei den Kommisionwahlen wurden die vorge-

schlagenen Herren gewählt. Während der Wahl verließen die Polen den Saal, da die Zurückziehung ihrer Wahlabschlüsse während der Sitzung nicht genehmigt wurde. Bei dem Mangel an anderer Beleuchtung wurde unter Kerbidlampen gefast. Zum Schluß ersuchte Stadtverordneter B e t t e r um Auskunft, woher die Kohlen kommen, die zur Heizung des Theaters verwendet werden. Die Polizei soll hier gegen etwaige Unrechtmäßigkeiten einschreiten.

Aus dem deutschen Osten.

Königsberg. Die Polen haben auch die zweite direkte Fernspretleitung Königsberg—Berlin durchschnitten. Damit ist Ostpreußen von der direkten telephonischen Verbindung mit dem Reich abgeschnitten und nur noch ein äußerst beschränkter Verkehr über Danzig möglich. Alle nötigen Schritte zur Beseitigung des Uebelstandes sind von der zuständigen Stelle eingeleitet worden.

Aus Polen.

Neues schweres Eisenbahnunglück.

Heute nacht 12.15 Uhr fuhr der Haupt-D-Zug Dirschau—Berlin infolge Ueberfahrens des Haltsignals auf einen auf dem Hauptgleis stehenden Militärkammernzug in Gerd. Durch den Zusammenstoß wurden 1 Kassarier und 2 Reisende getötet und 10 Kassarier und 5 Reisende schwer verletzt. Die Verletzten wurden nach Schneidemühl überführt. Die Namen der Toten und Verletzten konnten noch nicht festgestellt werden. Von den beiden Zügen wurden mehrere Wagen schwer beschädigt. Der Verkehr konnte einseitig aufrecht erhalten werden.

Aus aller Welt.

Ein Fest der Millionen.

Eine Wohlthätigkeitsveranstaltung mit Vorträgen von 1000 Mark stellt die am 7. Februar im Ufa-Palast am Zoo zum Besten der hungernden Kinder Wiens veranstaltete Nachtvorstellung dar. Bei der 50. der beliebtesten Film- und Bühnenkünstlerinnen persönlich aufzutreten. Das Programm setzt sich zusammen aus einem Konzertteil, einer Tanzrevue, einem Kabarett, einer Operettenrevue und einer Modenschau. Jeder Sitzplatz kostet die Kleinigkeit von 1000 Mark, der niedrigste Preis ist Lumpige 20 Mark.

Eine Leiche gestohlen.

Ein Vorfall, der wohl einzig in seiner Art dasteht, hat sich in Rüstenberg a. S. abgespielt. Vor einigen Tagen wurde dort die Leiche eines Selbstmörders auf der Karobahnstraße gefunden. Der Rüstenerer Magistrat veranlaßte die Ueberführung der Leiche an die Anatomische Station der Anil Kofsch. Der Transport fand in einer gewöhnlichen Kiste statt. Auf dem Wege nach Kofsch haben nun Bekannte über die Kiste mit der Leiche gestohlen. Sie hatten hierin anscheinend Recht vermutet.

5000 Kronen für ein Telefongespräch.

In Subjekt wurde festgestellt, daß einzelne Banken die Beamten des Fernamtes bestochen haben, um mit Wien sprechen zu können. Für ein Gespräch von drei Minuten wurden 5000 Kr. gezahlt. Die Regierung hat die strengste Untersuchung gegen die betheiligten Beamten eingeleitet.

Eine Petroleum-Rohleitung von Sibirien nach Paris.

Eine doppelt Rohrleitung für Petroleum wird jetzt zwischen Sibirien und Paris in einer Entfernung von etwa 250 Kilometern angelegt. Die eine dieser Röhren, die einen inneren Durchmesser von 10 Zoll hat, soll für schweres Petroleum verwendet werden, während darüber eine kleinere Rohrleitung von 4 Zoll Durchmesser für ein leichteres Petroleum verwendet werden soll. Die Kosten dieser Leitung werden auf 200 Millionen Mark geschätzt. Durch diese Leitung können die Kohlen im nächsten Winter, in dem die Anlage fertig sein soll, die Kohlennot in Paris vermindern.

Arbeitssteigerung durch Musik.

Der Ruf nach Steigerung der Arbeitsleistungen löst durch die Welt, und viele Volkswirte gerühren sich den Kopf, wie man durch den Krieg ermüdeten Menschheit wieder mehr Freude am Schaffen beibringen kann. Ein Bauunternehmer in Newyork hat dafür ein originelles Mittel gefunden. Als seine Arbeiter an der Errichtung eines Anstaltens tätig waren, so besaßen Newyorker Blätter, erschien plötzlich eine Musikkapelle von sechs Mann, die einen feurigen Jazz zu spielen begann. Nachdem die Musiker die anregendsten Melodien aus dem Tanzsaal zu Gehör gebracht hatten, wurden sie von einer Primadonna abgelöst, die die neuesten Sassenhauer sang. Natürlich waren auch gleich ein paar Statistiker zur Hand, die angerechnet haben, daß die unter diesen Bedingungen geleistete Arbeit an Güte und Schnelligkeit einen Rekord aufstellte.

Die Vorgehen?

Aus dem Riesengebirge wird berichtet: Seit im vorigen Jahre ist bekannt geworden, daß im Sommer 1918 der Blick in das geschätzte Schwert der Germania auf dem Niederwald-Stein im Riesengebirge, den Reichsabschlag und sein Bestehen im Riesengebirge. Auch der sogenannte „Sieg“ des Krieges wurde dabei beschädigt. Die ganz legenden an dieser Klemme lag in dem Vorfall kam als ein böses Omen, er brach ab und so Mund zu Mund weiter. In die Presse kam nichts davon. Ein Jahr vorher hat sich, wie man aus dem Riesengebirge ebenfalls erst vor kurzem erfährt, im Riesengebirge etwas Ähnliches ereignet. Bei dem durch seinen guten Vidor (Stonsdorfer Ritter) bekannten Dorfe Stonsdorf i. Riesengebirge erhebt sich inmitten des Riesengebirger Tales der Prudelberg, eine mit wilden Felsen bedeckte, grotenreiche, zerklüftete Bergkette, auf deren Gipfel der mächtige Wismardturm steht, dessen Kuppel von einer Asterkone getönt wurde. Diese Asterkone ist im Sommer 1916 von einem Blitz getroffen und in Stücke zerfallen worden. Die Leinwand lagen verstreut auf dem Gipfel umher. Derselbe Blitzschlag fuhr in das Kriegendenkmal am Fuße des Prudelberges, das die Gemeinde Stonsdorf ihren Gefallenen von 1870/71 errichtet hatte. Das Frun dieses Verfalls lag geordnet am Boden. Natürlich rief dies Ereignis auch hier unter der Bevölkerung Befürchtung hervor; es fehlte nicht an Stimmen, die schon 1915 in diesem Blitzschlag ein böses Omen sahen.

Verantwortlich für den holländischen Teil Ernst B o r e h s für den unpolnischen Teil und die Unterhaltungsverträge Franz Schmann, für die Inzinate Bruno Swert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G e h l & C o., Danzig.

Frühere Mitglieder der inzwischen auf-
gehenden Kranken- und Sterbekasse „Die
treue Selbsthilfe“, die bisher Anspruch auf
Auszahlung eines Anteils an dem Kassen-
vermögen nicht erhoben haben, werden auf-
gefordert, dieses bis zum 1. Juni d. Js. in
dem städtischen Versicherungsamt, Jopen-
gasse 59 I wochentags von 9-1 Uhr vor-
mittags unter Führung des Nachweises über
ihre Anspruchsberechtigung nachzuholen. An-
spruchsberechtigt sind nur solche Personen, die
nach Schließung der eingetragenen Hilfs-
kasse Mitglied der am 1. Juli 1914 an deren
Stelle getretenen Hilfskasse „Die treue
Selbsthilfe“ geworden sind und die Beiträge
spätestens bis zum 5. Juli 1914 gezahlt
haben.

Sinterlebene verstorbener Mitglieder
haben die Sterbeurkunde und den Nachweis
ihrer Erbberichtigung beizubringen (Ehe-
schließungs-, Geburtsurkunde usw.)
Danzig, den 28. Januar 1920. (286)
Der Magistrat.

Durch Beschluß des Vorstandes und Aus-
schusses sind wegen Einführung des Befehes
vom 28. September 1919, betr. Wochenhilfe
und Wochenfürsorge, wonach mit Wirkung vom
1. Oktober 1919 die bisherigen Wochenhilfe-
leistungen erhöht und als Familienhilfe für die
nicht versicherten Ehefrauen usw. versicherter
Kassenmitglieder neu eingeführt sind, notwendig
gewordene Änderungen der Satzung der Land-
krankenkasse des Kreises Danziger Niederung
vorgenommen worden. Die Einführung des
vorgenannten Befehes bedingte die Erhöhung
der Kassenbeiträge auf jechs vom Hundert des
Grundlohnes vom 1. Januar 1920 ab.
Die Beiträge betragen pro Woche:

I. Stufe = 0,36 Mk.	VI. Stufe = 2,16 Mk.
II. „ = 0,72 „	VII. „ = 2,52 „
III. „ = 1,03 „	VIII. „ = 2,88 „
IV. „ = 1,44 „	IX. „ = 3,24 „
V. „ = 1,80 „	X. „ = 3,60 „

Weitere Satzungsänderungen unter dem Ab-
schnitt „Verwaltung der Kasse“ sind durch die
neu aufgestellte Wahlordnung notwendig ge-
worden. Die Genehmigung der gesamten
Satzungsänderungen durch das Oberverföhrungs-
amt in Danzig ist am 13. Januar 1920 erfolgt.
Umbrüche der Satzungsänderungen können von
der Geschäftsstelle gegen Erstattung des Portos
bezogen werden.
Der Vorstand der Landkrankenkasse
des Kreises Danziger Niederung. (285)

Oliva.

Bollmilchverkauf.

Die im Umlauf befindlichen Bollmilchkarten
können zurzeit nicht voll beliefert werden, da
die täglichen Milchmengen sich erheblich ver-
ringert haben. Es werden deshalb Kürzungen
wie folgt angeordnet:

Die für einen Haushalt ausgefertigten
Krankenkassenkarten dürfen zusammen nur bis
1/2 Liter täglich beliefert werden.
Bei Kindermilchkarten erfolgt die Kürzung
in der Weise, daß bei sämtlichen für einen
Haushalt bestimmten Mengen über 2 Liter
hinaus Kürzung um 1/2 Liter erfolgt.
Die Verkaufszeiten bleiben wie bisher
bestehen.

Oliva, den 28. Januar 1920.
Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
J. B.: Scheffler. Ostrowski.

Magermilchverkauf.

Magermilch geht seit einiger Zeit nicht
mehr ein. Der Verkauf fällt deshalb bis auf
weiteres aus.

Oliva, den 28. Januar 1920.
Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
J. B.: Scheffler. Ostrowski.

Betrifft: markenfrees Kartoffel- verkauf.

Auf dem hiesigen Güterbahnhof kommt
ab heute ein Waggon zum Teil angefrorener
Gartensorten markenfrees zum Verkauf. Der
Preis beträgt 15,00 Mark pro Zentner. Die
Kartoffeln sind infolge des plötzlich eingetre-
tenen Frostes beim Transport beschädigt, sind
jedoch bei entsprechender Behandlung durch-
aus brauchbar und wohlschmeckend. Einkauf
wird dringend empfohlen.

Oliva, den 28. Januar 1920.
Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
J. B.: Scheffler. Ostrowski.

Ausgabe von Brennstoffen.

Zur Belieferung werden aufgerufen:
Die Nummern 1-650 Marke 6 der Brenn-
stoffkarte (Blau). Auf jede Karte wird ein
Zentner Brennstoff verabfolgt. Der Preis beträgt
7,50 Mk. pro Zentner ab Lager. Die Brennstoff-
karten sind zu haben bei dem Spezialer Kranje und
auf der Gasanstalt.
Wer die Brennstoffe bis Montag, den
2. Februar nicht abholt, verliert das Recht
darauf.

Oliva, den 28. Januar 1920.
Der Gemeindevorsteher. Der Arbeiterrat.
Ostrowski.

Städtisches Theater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 28. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten E 1.
Madame Butterfly
Tragödie einer Japanerin von L. Ilka u. G. Giacosa.
Musik von Giacomo Puccini.
Freitag, den 30. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten A 2.
Hänsel und Gretel
Märchenoper in 3 Bildern von Adelheid Wette.
Musik von Engelbert Humperdinck.
Sonntag, den 31. Januar 1920, abends 8 Uhr
Dauerkarten B 2.
Die Raskoffs
Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann.
Sonntag, den 1. Februar 1920, nachmittags 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Zum 32. Male.
Frau Holle
Weihnachtsmärchen mit Tanzszenen.
Abends 8 Uhr.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Zum 9. Male.
Die Frau im Hermelin
Operette in 3 Akten von Jean Gilbert.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer
Bahnlenkung Willy Kolmann.
Donnerstag, den 29. Januar, abends 6 1/2 Uhr:
Der Tanzanwait
Vaudeville in 3 Akten von Pordes Milo und
E. Urban. Musik von Walter Schütt.
Freitag, den 30. Januar, abends 6 1/2 Uhr:
Zum ersten Male
Die schwebende Jungfrau
Schwank in 3 Akten von Arnold a. E. Bach.
Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr bei
Bruno Kodlin, Langemark 23
Vorverkauf benutzen!

Lesen Sie

- folgende Broschüren:
- Christentum und Sozialismus, von Aug. Bebel 0,25 M
 - Die zehn Gebote und die besitzende Klasse
von Adolph Hoffmann 0,50 M
 - Weißkrieg, Christentum, Gottesglaube, von
Dr. Georg Kramer 0,40 M
 - Was die Sozialdemokraten sind und was
sie wollen, von Wilhelm Liebknecht 0,70 M
 - Die Religion der Sozialdemokratie, von
Josef Dietzgen 0,60 M
 - Der Sozialismus der israelitischen Propheten
von Paul Pflüger 1,00 M
 - Die Sozialdemokratie und die katholische
Kirche, von Karl Kautsky 1,50 M
 - Attentate und Sozialdemokratie, von A. Bebel 1,50 M
 - Die Frauen und der politische Kampf,
von Louile Zieg 0,50 M
 - Unsere Ziele, von Bebel 1,00 M
 - Wissen ist Macht, von Wilhelm Liebknecht 1,20 M
 - Die Verlassung des Deutschen Reiches vom
11. August 1914.

Buchhandlung „Volksstimme“, Spendhaus 6 u.
Paradiesgasse 32



Lichtspiele
am Hauptbahnhof.
Nur noch bis 29. Januar
der mit beispiellosem
Erfolg aufgenommene
IV Teil.

König Makombe

des großen Ma-Ma-
Fortsetzungs-Films
**Die Herrin
der Welt.**
Das Vollendetste, was die
Pilmkunst jemals ge-
schaffen hat. Der IV. Teil
„König Makombe“ er-
zielte am Sonntag die
höchste Besucherzahl
seit dem Bestehen der
U. T. Lichtspiele.
Beginn d. Vorführungen:
3 Uhr, 5 Uhr u. 7 1/2 Uhr
Ma. besuche im eigenen
Interesse möglichst die
erste Vorstellung.

Voranzeige!
Ab Freitag, d. 30. Januar
der neu eingetroffene
Henry Porten-Film
Die Fahrt ins Blaue.



Anfertigung sämtlicher DRUCKSACHEN

in geschmackvoller und
sauberer Ausstattung

Massenaufgaben

in kürzester Zeit
zu billigen Preisen

Kataloge - Broschüren
Zeitschriften - Bücher

Buchhandlung

Sozialistische Literatur
in grösster Auswahl

Danziger Volksstimme

Fernsprecher 3250 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Weltpreußisches Konfervatorium Danzig

Mundegasse 67/68 Jäschkentaler Weg 1
Fernspr. 2322 Fernspr. 2083

Eintritt jederzeit.

Leiter: Musikdirektor F. Binder.

Hasen- und Kanintenteile

sowie sämtliche andere Sorten
Häute und Felle
kauft zu höchsten Preisen (52)
Auf Wunsch werden die Felle abgeholt.

J. S. Bauer, Schellmühl

Telephon 1639. Brochwitzer Weg 22.

Zeitungsträgerinnen

ab 1. Februar für Langfuhr gesucht.
Zu melden in der Filialexpedition bei Herrn
Steinbeiss
Langfuhr, Mischauerweg 121.

Freie Banngenossenschaft in Danzig.

eingetragene Genossenschaft mit be-
schränkter Haftung, Geschäftszimmer:
4. Damm 7, Zimmer 5.
Sonntag, den 8. Februar 1920, nachmittags 9 Uhr
im Wettspielhaus:

General-Versammlung.

Tagungsordnung: 1. Bericht des Vorstandes und des
Aufsichtsrats. 2. Genehmigung der Bilanz und Ent-
lassung des Vorstandes. 3. Beschluß über Verteilung
des Gewinns. 4. Festsetzung des Gesamtbeitrages,
den Anträgen der Genossenschaft nicht übersteigen-
den. 5. Res. betr. Ergänzungswahl für aus-
scheidende Vorstandes- und Aufsichtsratsmitglieder.
Die Kassenübersicht, Bilanz, Gewinne- und Verlust-
rechnung für 1919 ist für Mitglieder im ober-
genanntem Geschäftszimmer einzusehen.
Der Schriftführer: Rob. Dörr, Vorsitzender.
Der Vorstand:
Serdiniana, Walt. Koch, S. R. Dörr. (272)

Zentralverband der Angestellten

Ortsgruppe Danzig.

Sonntags, den 31. Januar, abds. 6 1/2 Uhr,
im Café Derra

Winter-Bergnügen.

Das reichhaltige Programm enthält Gesangs-
und Tanz-Vorstellungen, Konzert, Theater
und zum Schluß Ball.
Eintrittskarten an der Abendkasse und bei den
Vertretern, sowie im Verbandsbüro. Zu-
ritt haben nur Mitglieder u. deren Angehörige.
Der Vorstand. (287)

Revolution

in der heutigen Haarfrisur ruft meine
neue Knotenfrisur hervor. Dieselbe
ist vollständig fertig und mit einem
Griff auf dem Kopfe zu befestigen.

Unter den Hausfrauen

Damen erfreut sich der Knoten
großer Beliebtheit, da er sehr
leicht gearbeitet ist. Speziell für
die viel zu tun haben und mit der
Zeit rechnen müssen, ist der Knoten
eine empfehlenswerte Schnellfrisur.

Rob. Kleefeld, Breitgasse 6.

Kosmos-Abreiß-Kalender

1920
Preis 4,40 Mark

Buchhandlung „Volksstimme“
Am Spendhaus 6. Filiale: Paradiesgasse 3

Bioscin

Lectin - Eisen - Eiweis
in Tablettenform.
Hervorragendes Nähr- u.
Kräftigungsmittel
Aerztlich empfohlen
Allein auch in Kartons
à 6,00 Mk. (214)
Adler-Apothek
Tel. 1794 Ohra Tel 1794

Bibliothek

der freien Gewerkschaften,
Kathgasse 6
Bediener Montags, Mitt-
wochs und Son. abends
von 6 bis 10 Uhr
Den Mitgliedern der
freien Gewerkschaften
zur unentgeltlichen
Genussnahme empfohlen
Ausweis:
Mitgliedskarte oder -Bl.

Volksfürsorge

gewerkschaftlich-Genossen-
schaftliche Versicherungs-
Anstalt
Anträge Taxifree für
Erwachsene und Kinder
Kein Policenverfall.
- Sterbekasse.
Ankunft in den Bureau-
der Arbeiterorganisationen
und von der
Verwaltungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Nähmaschinen-

reparaturen rasch u. billig
Bernstein & Comp.,
Banggasse 50. (3249)

Brennholz

markenfrei zu verkaufen.
F. Mathefius,
Ohra. Teleph. 992 (278)

Kaufe

jeden Posten
Zinn, Kupfer,
Messing, Zink und Blei.
Ploetz, Schafeldamm 11.
Tel. 3889. (43)